



35. Sitzung

Mittwoch, den 21.06.2017

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

<i>Mitteilungen des Präsidenten</i>	1978	<i>Die Aktuelle Debatte wird zweigeteilt.</i>	2002
Parlamentarische Gedenkstunde für Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl	1978	<i>Jeweils Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags.</i>	2002
Präsident Hendrik Hering:	1978	Wahl eines stellvertretenden berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz	
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:	1979	Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
Abg. Julia Klöckner, CDU:	1980		
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	1982		
Abg. Uwe Junge, AfD:	1984	– Drucksache 17/3132 –	2002
Abg. Thomas Roth, FDP:	1986		
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1987	<i>Der Landtag wählt gemäß Artikel 134 der Verfassung für Rheinland-Pfalz und § 5 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof mit sofortiger Wirkung für die Dauer von sechs Jahren einstimmig, bei Enthaltung der Fraktion der AfD,</i>	
AKTUELLE DEBATTE	1988	<i>Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichts Bernhard Thurn, Zweibrücken,</i>	
Treibstoffablass über Rheinland-Pfalz – Schutz von Mensch und Umwelt sichern auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/3310 –	1988	<i>zum stellvertretenden berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs.</i>	2002
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	1988, 1993	...tes Landesgesetz zur Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes	
Abg. Dr. Susanne Ganster, CDU:	1989	Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Abg. Jürgen Klein, AfD:	1990	– Drucksache 17/2895 – Zweite Beratung	
Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1991	dazu:	
Abg. Marco Weber, FDP:	1991	Beschlussempfehlung des Innenausschusses	
Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	1992	– Drucksache 17/3276 –	
Abg. Michael Billen, CDU:	1994	Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
EU-Kommission fordert europaweit einheitliches Pkw-Mautsystem: Gemeinsam in Europa oder deutscher Sonderweg? auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 17/3311 –	1994	– Drucksache 17/3312 –	
Abg. Steven Wink, FDP:	1994, 2000	Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Abg. Benedikt Oster, SPD:	1995, 2000	– Drucksache 17/3320 –	2002
Abg. Christian Baldauf, CDU:	1996, 2001		
Abg. Jens Ahnemüller, AfD:	1997	Abg. Wolfgang Schwarz, SPD:	2002
Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1998		
Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	1999		

Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 35. Sitzung, 21.06.2017

Abg. Matthias Lammert, CDU:	2003, 2008	(LBVAnpG 2017/2018)	
Abg. Uwe Junge, AfD:	2005	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Abg. Monika Becker, FDP:	2006	– Drucksache 17/3100 –	
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2007, 2009	Zweite Beratung	
Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:	2009	dazu:	
<i>Mehrheitliche Ablehnung des Änderungsantrags – Drucksache 17/3312 –</i>	2010	Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses	
		– Drucksache 17/3278 –	
<i>Mehrheitliche Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 17/3320 –</i>	2010	Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		– Drucksache 17/3282 –	2011
<i>Jeweils mehrheitliche Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/2895 – unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 17/3320 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung.</i>	2010	Abg. Dr. Anna Köbberling, SPD:	2011
		Abg. Iris Nieland, AfD:	2012
		Abg. Bernhard Henter, CDU:	2012
		Abg. Thomas Roth, FDP:	2013
		Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2013
		Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:	2014
Landesgesetz zu dem Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (20. Rundfunkänderungsstaatsvertrag)		<i>Einstimmige Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 17/3282 –</i>	2015
Gesetzentwurf der Landesregierung			
– Drucksache 17/2883 –			
Zweite Beratung			
dazu:		<i>Jeweils einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/3100 – unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 17/3282 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung.</i>	2015
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik			
– Drucksache 17/3277 –	2010		
<i>Jeweils einstimmige Annahme, bei Enthaltung der Fraktion der AfD, des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/2883 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung.</i>	2011	...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes	
		Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	
		– Drucksache 17/3279 –	
		Erste Beratung	2015
Landesgesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2017/2018		<i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/3279 – an den Rechtsausschuss.</i>	2015

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU, Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD, Abg. Dirk Herber, CDU, Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU, Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD, Abg. Martin Louis Schmidt, AfD; Herbert Mertin, Minister der Justiz, Dr. Thomas Griese, Staatssekretär, David Langner, Staatssekretär, Heike Raab, Staatssekretärin, Daniela Schmitt, Staatssekretärin.

**35. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 21.06.2017**

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie recht herzlich zur 35. Plenarsitzung begrüßen. Schriftführende Abgeordnete sind Frau Kollegin Scharfenberger und Herr Kollege Schnieder. Herr Schnieder wird die Rednerliste führen.

Entschuldigt fehlen heute Herr Kollege Dr. Gensch, Frau Dr. Groß, Herr Herber, Frau Kohnle-Gros, Frau Sahler-Fesel und Herr Schmidt sowie Herr Staatsminister Mertin wegen der Justizministerkonferenz, deren Leitung er zu übernehmen hat.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Ich sehe keinen Widerspruch gegen die Tagesordnung. Damit gilt die Tagesordnung als festgesetzt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Parlamentarische Gedenkstunde für
Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl**

Präsident Hendrik Hering:

Bevor wir in Reden dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Kohl gedenken, darf ich Sie bitten, sich für eine Schweigeminute von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren
Plätzen)

Danke.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze
wieder ein)

Wir gedenken dem ehemaligen Bundeskanzler und Ministerpräsidenten dieses Landes Dr. Helmut Kohl. Viele von uns haben ihn persönlich kennengelernt. In der heutigen parlamentarischen Gedenkstunde wird auch diese persönliche Verbundenheit ihren Ausdruck finden. Vor allem aber soll das politische Wirken Helmut Kohls gewürdigt und seine Bedeutung für die Gegenwart bewahrt werden.

Geprägt war Helmut Kohl durch seine Erfahrungen als Jugendlicher während des Zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit. Als Helfer in einem Feuerlöschzug muss er als Vierzehnjähriger in Ludwigshafen Schreckliches gesehen haben.

Sein älterer Bruder ist 1944 gefallen. Er selbst entging nur knapp dem Einsatz als Flakhelfer. Die Aussöhnung mit Frankreich, aber auch die Freundschaft zu Luxemburg und Belgien waren daher leitend für das politische Leben Helmut Kohls.

Als junger Mann erlebte er die Entstehung der Montanunion und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und

Stahl. Als Bundeskanzler konnte er durch die Maastrichter Verträge die Europäische Union zu ihrer heutigen Form weiterentwickeln. Er war entschiedener Europäer und sah Deutschland als Teil eines föderalen Europas.

Der Föderalismus war eine der politischen Leitlinien im Leben Helmut Kohls. Als Fraktionsvorsitzender im Landtag und Ministerpräsident dieses Landes schätzte er die Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern und die Gestaltungsmöglichkeiten, die ein Land hat.

Als Bundeskanzler respektierte er die Länder. Eine föderale Ordnung Europas, die von den Nationalstaaten Kompromissbereitschaft und Kompetenzverzicht fordert, ängstigte ihn nicht.

Helmut Kohl war ein Politiker, für den der Erhalt des Friedens in Europa die größte Bedeutung hatte. Deshalb hat er als Bundeskanzler die Entspannungspolitik der sozialliberalen Vorgängerregierung fortgesetzt und 1989 das Vertrauen zu West- und Osteuropa besessen, welches eine friedliche Vereinigung Deutschlands möglich machte.

Den Zusammenbruch des Staatssozialismus haben die Menschen in der DDR herbeigeführt. Helmut Kohl konnte dazu beitragen, ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion zu verhindern. Er hat die historische Chance genutzt, ein einiges Deutschland zu schaffen. Dafür gebühren ihm unsere Anerkennung und unser Dank.

Es gehört darüber hinaus zu seinen Verdiensten, die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu Polen durchgesetzt zu haben, auch gegen den Widerstand seiner eigenen Partei. Erst damit konnte eine dauerhafte Friedensordnung in West- und Mitteleuropa etabliert werden.

In der Nachkriegszeit war die Geburts- und Heimatstadt Helmut Kohls Ludwigshafen, eine der wenigen Industriestädte im ansonsten hauptsächlich landwirtschaftlich geprägten Rheinland-Pfalz. Nach dem Schulabschluss führte das Studium Helmut Kohl zunächst nach Frankfurt, später nach Heidelberg.

Das Erlebnis der Gegensätze zwischen den Städten, in denen er wirkte, und den Dörfern der Pfalz, deren Lebensbedingungen oftmals noch an den Anfang des 20. Jahrhunderts erinnerten, hat Helmut Kohl zu einem unterschiedenen Modernisierer des Landes werden lassen.

Mit seiner Regierungszeit als Ministerpräsident sind unter anderem die Abschaffung der Bekenntnisschulen zugunsten christlicher Gemeinschaftsschulen, die Gründung neuer Universitäten und die Kommunalreform von 1974 verbunden. Die Verbandsgemeinde prägt nach wie vor die rheinland-pfälzische Kommunalverfassung.

Noch in einer weiteren Hinsicht war Helmut Kohl ein Erneuerer. Als Vorsitzender der Landes- und Bundesebene entwickelte er die CDU von einer Partei mit vielen Wählern, aber vergleichsweise wenigen Mitgliedern, zu einer modernen Mitgliederpartei mit lebendigen Ortsverbänden. Auch gelang es ihm immer wieder, bedeutende Persönlichkeiten wie Bernhard Vogel, Heiner Geißler und Rita Süßmuth für die Mitarbeit in der CDU zu gewinnen.

Helmut Kohl war daher nicht nur ein Staatsmann. Er verleugnete nie, zugleich ein entschiedener Parteipolitiker zu bleiben. Auch wir wollen uns die Bedeutung von Parteien gerade in der heutigen Zeit bewusst machen. Zwar werden sie oftmals als unvollkommen wahrgenommen, Entscheidungen brauchen dort manchmal lange Zeit, dennoch gibt es kein besseres Werkzeug, um in der Demokratie politisch Einfluss als Bürger nehmen zu können. Es ist kein Zufall, dass viele Gruppierungen, die als Bewegung begonnen haben, zu Parteien geworden sind, als es galt, Verantwortung zu übernehmen.

Prägend für Helmut Kohls politisches Denken war die katholische Soziallehre. Der gesellschaftliche Zusammenhalt im Inneren war ihm daher ebenso wichtig wie die europäische Solidarität in der Außenpolitik.

Eine am Gemeinwohl orientierte Politik musste für ihn immer auch die Bedürfnisse der Schwächsten im Auge behalten. In der Regierungszeit als Ministerpräsident zeigte sich das zum Beispiel bei der Einrichtung der Sozialstationen durch den damaligen Sozialminister Heiner Geißler.

Aus wettbewerbstechnischen Gründen hat sich die Situation der Sozialstationen heute im Vergleich zu den 70er-Jahren verändert. Dass aber der Staat nach wie vor Verantwortung in der Zusammenarbeit mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege hat, ist geblieben.

Die Arbeiterstadt Ludwigshafen und die katholische Soziallehre haben bei Helmut Kohl auch zu einem Verständnis für die Forderungen der Arbeiterschaft geführt. Eine Politik, die ausschließlich die Interessen der Wirtschaft und der Arbeitgeber im Blick hatte, lag ihm fern. Hierfür steht unter anderem die sechzehnjährige Kabinettszugehörigkeit des Arbeits- und Sozialministers Norbert Blüm.

Wir sollten es als ein Vermächtnis von Helmut Kohl begreifen, den sozialstaatlichen Konsens, der ihn in der Bundesrepublik ausgezeichnet hat, über die parteipolitischen Grenzen aufrechtzuerhalten.

Politik als Beruf bedeutet lange Arbeitstage, Termine an Wochenenden und häufig Abwesenheit von der Familie. Hinzu kommt die ständige Beobachtung durch die Öffentlichkeit. Darüber hinaus herrschte in den 60er- und 70er-Jahren innerhalb der Familien noch ganz überwiegend eine traditionelle Rollenverteilung. Politikfreie Wochenenden waren undenkbar. Bis die Idee der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Gesellschaft und der Politik Fuß fasste, sollte noch einige Zeit vergehen.

Über höchst persönliche Bereiche anderer zu urteilen, steht uns nicht zu. Dies sollte auch bei Politikerinnen und Politikern Beachtung finden.

Mit Helmut Kohl ist ein großer Staatsmann von uns gegangen. Er hat Deutschland und Europa geprägt und verändert. Dafür gebührt ihm unser aller Dank.

Im Lebenswerk eines Politikers gibt es Ereignisse und Handlungen, über die es sich lohnt zu diskutieren. Dies wird in den kommenden Monaten und Jahren geschehen. Der heutige Tag und die kommenden Tage stehen im Zeichen des ehrenden Andenkens. In Gedanken sind wir bei

seinen Angehörigen.

Für die Landesregierung spricht die Ministerpräsidentin.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, meine sehr verehrten Herren und Damen und liebe Bürger und Bürgerinnen, die uns heute zusehen! Mit großem Respekt und mit Dankbarkeit nehmen wir in dieser Stunde Abschied von Helmut Kohl.

Helmut Kohl hat Geschichte geschrieben. Die Deutsche Einheit und die europäische Einigung sind bleibend mit seinem Namen verbunden.

Schon in den Jahren 1969 bis 1976 hat Helmut Kohl Rheinland-Pfalz als Ministerpräsident geprägt. 16 Jahre, bis 1998, stand er mit seinen Regierungen an der Spitze der Bundesrepublik. Er war der Kanzler der deutschen Einheit. Für eine ganze Generation, nämlich meine Generation, verschmolzen die Worte „Bundeskanzler“ und „Kohl“ schlicht zu einem Wort.

Bei allem und vielleicht zuerst war Helmut Kohl ein leidenschaftlicher Europäer. Er hatte die klare Vision eines freien und vereinten Europas der Staaten vor Augen. Indem er dafür Bündnispartner gewann, wurde er nicht nur zum Architekten, sondern zusammen mit unseren europäischen Nachbarn auch zum Baumeister der Europäischen Union.

Wer verstehen will, was ihn angetrieben hat: leidenschaftlich, beharrlich, auch kompromisslos, muss den Rheinland-Pfälzer Helmut Kohl verstehen. 15 Jahre ist er alt, als der Zweite Weltkrieg endet. Großgewachsen, selbstbewusst, ausgestattet mit der Gabe, andere mitzureißen, das war er schon als Schüler. Mit anderen Pennälern will er, so erzählt sein Biograf Hans-Peter Schwarz, in Ludwigshafen eine Ortsgruppe der Europa-Union mit dem Namen „Neue Wirklichkeit“ gründen.

Als das Vorhaben scheitert, lässt er das nicht einfach auf sich beruhen, sondern macht sich mit ein paar Freunden auf, um in Weissenburg an der Grenze zum Elsass wenigstens symbolisch einen Schlagbaum hochzustemmen.

Diese Leidenschaft für Europa ist kein Spleen. Der junge Mann weiß, dass Feindschaft tötet. Der Krieg hat ihm seinen älteren Bruder entrissen, und er kennt die Geschichte seiner Heimat, die Nähe zu Frankreich, die wechselvolle Geschichte des Elsass. Immer wieder haben sogenannte Erbfeindschaften eine gute Nachbarschaft, Begegnungen und Freundschaften verhindert.

Nach dem verheerenden Krieg will sich Helmut Kohl mit dem Bestehenden nicht abfinden, und er entscheidet sich für die Politik als Feld des Handelns. Die Idee einer christlichen Demokratie zieht ihn an. Bald wird er der jüngste Landtagsabgeordnete in einem deutschen Parlament, Fraktionsvorsitzender, Landesvorsitzender der CDU, Ministerpräsident.

Die Zeitungen berichten von dem Rebellen, der die rheinland-pfälzische Politik tiefgreifend verändern will. Mit seinem Tatendrang hat er sein Amt auch gestaltet.

Ich erinnere – wie der Landtagspräsident – an die Kommunal- und Verwaltungsreform, die großen Schulreformen und die Entwicklung der Hochschulen in Rheinland-Pfalz.

In einer Zeit, als die deutsch-französischen Partnerschaften noch alles andere als selbstverständlich sind, pflegte Helmut Kohl die Partnerschaft mit Burgund. Er legte damit die Grundlagen dafür, dass wir mit unserem regionalen Nachbarn ein neues Kapitel der Nachbarschaft und der Freundschaft aufschlagen konnten.

Mit Respekt sage ich an dieser Stelle: Helmut Kohl hat für unser Land viel geleistet. Wir werden ihn als großen Rheinland-Pfälzer erinnern und ehren. –

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, für Helmut Kohl waren Ludwigshafen und Bonn, Deutschland und Europa nie Gegensätze. Wir bleiben fest in unserer Heimatregion verwurzelt, wir bleiben Deutsche, Italiener und Franzosen, und wir sind zugleich Europäer. Das sind seine Worte. Das war seine Grundüberzeugung. Sie bildete die Richtschnur seines Handelns.

Entschlossen hat Helmut Kohl am 9. November 1989 die Gunst der Stunde ergriffen. Aber für die Wiedervereinigung 1989/90 gab es keine Blaupause. Helmut Kohl musste für die Deutsche Einheit das Misstrauen unserer europäischen Nachbarn, der amerikanischen und der russischen Regierung überwinden. Es gelang ihm, weil er mit seiner Person im Namen unseres ganzen Landes glaubwürdig für die Überzeugung stand: Ein starkes Deutschland wird immer ein Deutschland der Regionen sein. Und stark ist Deutschland nur im Verbund mit seinen europäischen Nachbarn, den kleinen und den großen.

Das Bild von Helmut Kohl und François Mitterand über den Gräber von Verdun am 22. September 1984 ging um die Welt. Es hat sich tief in unser europäisches und in unser deutsches Gedächtnis eingepägt.

Nur wenn wir das Gemeinsame suchen und das Trennende überwinden, hat Europa eine Zukunft. Es ist an uns, dies nicht nur als Vermächtnis, sondern auch als Verpflichtung zu begreifen. Es ist an uns, Grenzen nicht wieder zu unüberwindlichen Mauern werden zu lassen, sondern das Friedensprojekt Europa unter veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln.

Für Helmut Kohl war und blieb die Einigung Europas und mit ihr die Überwindung des Nationalismus, der Einzelstaaten eine Frage von Krieg und Frieden. Wir sehen gegenwärtig schmerzlich: Sie ist es noch heute.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wer hätte nach dem Zweiten Weltkrieg gedacht, dass ein deutscher Politiker jemals zum Ehrenbürger Europas werden könnte? Dass einem deutschen Bundeskanzler in einem Trauerakt im Europäischen Parlament die letzte Ehre erwiesen wird? Als Jüngere erfüllt mich das mit größter Hochachtung und auch mit bleibendem Respekt.

Helmut Kohl hat sich um Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa in historischer Weise verdient gemacht.

Ich verneige mich vor dem Lebenswerk dieses großen rheinland-pfälzischen Europäers.

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht deren Vorsitzende Julia Klöckner.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen und alle, die heute auch ein Stück Abschied nehmen wollen von Helmut Kohl, die diesen Gedenkminuten folgen! Bei Begegnungen mit Helmut Kohl trieb mir manche Frage als junge Bundestagsabgeordnete den Schweiß auf die Stirn. Mit allen Fragen hatte ich vom Kanzler der Einheit gerechnet, aber doch nicht damit, dass er mich fragte, was ein Pfund Butter, ein Liter Milch oder der Fasswein kostet. Sie waren alles andere als banale Fragen, die er stellte. Es steckte viel Weisheit, Menschenkenntnis, viel Gespür für das Alltagsleben der Menschen darin. Zu seinen ganz starken Eigenschaften zählte auch sein Namensgedächtnis: Was der Bürgermeister aus Wallhausen mache, wie es der Familie des ehemaligen Kreistagsfraktionsvorsitzenden in Birkenfeld gehe oder dem Vorgänger des Landrats an der Mosel oder den Kindern einer Stadträtin in Bitburg?

In seiner Zeit als Landespolitiker, aber auch noch als Bundeskanzler kannte er – gefühlt – jeden Kreisvorsitzenden und hielt mit ihnen den Kontakt, rief sie zu Geburtstagen persönlich an und war auch immer ansprechbar. Er galt in seinen Beziehungen, aber auch in seinem Anspruch gegenüber anderen in hohem Maße als authentisch, bodenständig, ehrlich interessiert. Er sprach auch die Sprache der Leute. Einige lachten darüber, aber die anderen verstanden ihn. Der Weltmann kannte sich aus in den Dörfern und Städten seines Landes. Geerdet, das war Helmut Kohl. Er war den Menschen zugewandt, der Ehrenbürger Europas, der Kanzler der Deutschen Einheit, der erfolgreiche Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, er ist am vergangenen Freitag in seinem Haus in Oggersheim im Alter von 87 Jahren verstorben.

Unser Land stand für einen Moment still, als die Nachricht seines Todes den Weg nahm. Still, weil wir wussten, ein ganz Großer ist von uns gegangen, und dann läuteten Glocken, unabgesprochen, in der einen oder anderen Ortschaft.

Wir rheinland-pfälzischen Christdemokraten verneigen uns und verharren andächtig vor dem Menschen und dem Politiker Dr. Helmut Kohl, vor dem Staatsmann und dem Pfälzer, dem bodenständigen Heimatverliebten, vor dem Reformen und Modernisierer.

Bisher regierte kein Bundeskanzler länger als er, auch war niemand länger Vorsitzender der CDU.

Vieles ist in diesen Tagen über den Lebensweg von Helmut Kohl und seine Verdienste gesagt und geschrieben worden. Man hatte bei manchen Kommentatoren den Eindruck, dass er am Ende sich noch verschönnen wollte, dass er am Ende auch noch einmal recht haben wollte, weil er oder sie Helmut Kohl in seiner aktiven Zeit unterschätzt

hat.

Helmut Kohl war einer der größten Staatsmänner der Nachkriegsgeschichte. Doch er blieb seiner Heimat Rheinland-Pfalz, unserem Heimatland Rheinland, bis zuletzt tief verbunden. Er war ein Leben lang Patriot. Das ist ein Unterschied. Nationalist zu sein, war nicht sein Ding, aber Patriot, der aus seiner pfälzischen Heimat Kraft und Inspiration schöpfte. Sie sollte die Grundlage für sein späteres Wirken werden. Verkürzt könnte man sagen, für den jungen Helmut Kohl war die Heimat die Welt, für den Kanzler war die Welt die Heimat.

Geboren wurde er in Ludwigshafen als Sohn eines Finanzbeamten. Hier wuchs er auf, er ging zur Schule, machte Abitur, er wurde früh erwachsen.

Was hat Helmut Kohl in seiner Jugend geprägt, was war für sein politisches Wirken Motiv und Motor? Sein Leben wurde bestimmt durch die Grausamkeiten des Zweiten Weltkriegs. Er war 15. Mit aller Härte erlebte er zwar das Ende, aber auch, wie sein Bruder im Alter von 18 Jahren durch einen Tieffliegerangriff bei Recklinghausen ums Leben kam.

Seine Stadt Ludwigshafen, sie lag in Schutt und Asche. Die Menschen durchlitten Hungerjahre, und der junge Helmut tritt als Schüler 1946 in die CDU ein, will sich ein neues, freies, demokratisches Deutschland mit Gleichaltrigen, mit Gleichgesinnten mitbauen. Ja, er riss symbolhaft einen Schlagbaum ein zwischen Deutschland und Frankreich. Früh prägte er den Leitsatz: Deutschland ist unsere Heimat, Europa ist unsere Zukunft. –

In Limburgerhof fand ein prägender Diskussionskreis junger Leute mit dem Lehrerdekan Fink statt. Er brachte Helmut Kohl die Grundlagen christlich fundierter Politik nicht nur nahe, sondern er inhalierte sie für sich. Das blieb für ihn ein Leben lang seine Richtschnur. Hier unternahm er auch seine ersten politischen Gehversuche in der von ihm gegründeten Jungen Union. Es folgte ein beeindruckender Weg in den Landtag, wo schon seine ersten Reden aufhorchen ließen. Schon im Alter von 29 Jahren wurde er Mitglied des Landtags und bereits zwei Jahre später CDU-Fraktionsvorsitzender, wo er seine Zukunftsvorstellungen für das Land Rheinland-Pfalz entwarf.

1969 wählte ihn, den promovierten Historiker, der einen Arbeitsplatz in der Chemischen Industrie in Ludwigshafen und ein Mandat im Stadtrat von Ludwigshafen innehatte, der Landtag zum jüngsten Ministerpräsidenten unseres Landes Rheinland-Pfalz. Er war damals gerade einmal 39 Jahre alt.

Als Regierungschef in Mainz hat er in wenigen Jahren mit seiner jugendlichen Frische, seiner zielstrebigsten Dynamik und mit seinen reformfreudigen Kabinettskollegen die Weichen für den Aufstieg unseres Landes Rheinland-Pfalz gestellt. Als zupackender Modernisierer war er ein neues Licht am Horizont auch der CDU Deutschlands.

Ich konnte Helmut Kohl in den vergangenen Jahren immer wieder treffen und mich mit ihm austauschen. Er verfolgte die Weltpolitik und die Zunahme von Krisen und Kriegen, von Not und Elend in der Welt. Seine Mahnung, die als

Vermächtnis zu verstehen ist, war jedes Mal, kämpft um den Erhalt der Einheit Europas, tretet ein für den Frieden, der eng mit einem starken Europa verbunden ist.

Der Politiker Helmut Kohl ist nicht zu verstehen ohne den Historiker Kohl. Man muss ihn im kleinen Kreis erlebt haben, wenn er mit Begeisterung und Gründlichkeit den Mut und die Weitsicht der Hauptakteure des Hambacher Festes vor 185 Jahren lobte. Nationale Freiheit, Einheit, Volkssouveränität, Widerstand einer bürgerlichen Opposition gegen die Restauration des Deutschen Bundes, das begeisterte und leitete Helmut Kohl. Dass Franzosen, Polen, Engländer mit den Deutschen für Demokratie eintraten, das begeisterte den Europäer Kohl.

Die politischen Ziele des Hambacher Festes inmitten seiner Pfälzer Heimat und die politischen Ziele des Urfälzers Helmut Kohl sind im Grunde deckungsgleich: Nationale Einheit in Frieden und Freiheit. Ja, Freiheit, Volkssouveränität.

Bürgernähe war Helmut Kohl sehr wichtig. Regelmäßige öffentliche Sprechstunden und die Berufung eines Bürgerbeauftragten für Rheinland-Pfalz 1974, sie sollten den Bürgern die Scheu vor der Verwaltung nehmen und die Distanz zur staatlichen Autorität abbauen. So war Rheinland-Pfalz das erste Bundesland überhaupt, in dem der Bürgerbeauftragte mit einem eigenen Landesgesetz aus der Taufe gehoben wurde.

Helmut Kohl wollte anpacken, er wollte Reformen. Er konnte dabei auf die Unterstützung vieler Persönlichkeiten bauen, deren Namen aus der deutschen Politik nicht mehr wegzudenken sind. Ihre Namen kannte man dann, als sie Großes vollbracht hatten, aber er hatte ein Gespür für Menschen.

Schon am Anfang, als sie noch nicht so bekannt waren: Bernhard Vogel, Heiner Geißler, Norbert Blüm, Richard von Weizsäcker, Hanna-Renate Laurin, Roman Herzog, Klaus Töpfer, um nur einige zu nennen. –

In seiner Bilanz für Rheinland-Pfalz steht eines der ersten Kindergartengesetze der Bundesrepublik und die Krankenhausreform. Ihm gelang eine Verwaltungs- und Strukturreform mit der Schaffung von Verbandsgemeinden. Wir hier im Landtag wissen, wie schwierig das umzusetzen ist.

Helmut Kohl brachte eine Schulreform mit verbesserter Lehrerausbildung und der Umwandlung von etwa 1.500 staatlichen Konfessionsschulen in christliche Gemeinschaftsschulen auf den Weg. Dafür musste die Landesverfassung geändert werden. Das war eine Mammutaufgabe. Er entwickelte die Universitätslandschaft mit der Neugründung der Universitäten Trier und Kaiserslautern. Ausbau der Infrastruktur: Stichworte A 48, A 61, A 60, Nord-Süd-Verbindungen. – Hinzu kommen wichtige Entscheidungen für Industrieansiedlungen, das Landeskrankenhausgesetz, die Realisierung der Stiftung Rolandseck.

Helmut Kohl kämpfte gegen die Zerstückelungsversuche seines Landes. Das war Rheinland-Pfalz, und er trat nach außen. Er betrat die weltpolitische Bühne, und seine Überzeugungen waren seine Wurzeln. Staatskunst, das war für ihn das Vertrauen zwischen handelnden, fühlenden und

denkenden Menschen. Er galt als Virtuose einer klaren Politik. Damit hatte er Erfolg bei Michail Gorbatschow, bei George Bush, bei François Mitterand und vielen anderen.

Er war beharrlich. Er hatte ein Ziel, auch gegen Widerstände. Wir erinnern uns an den NATO-Doppelbeschluss: 300.000 Demonstranten im Bonner Hofgarten. – Aber dennoch, er übernahm das, was sein Vorgänger, Helmut Schmidt, in die Wege geleitet hatte, und er stand zu seiner Überzeugung, und die Geschichte hat ihm recht gegeben.

Zur Beharrlichkeit des Altkanzlers gehörte auch der Glaube an die Wiedervereinigung. Er glaubte an die Wiedervereinigung, als viele andere Parteien die Wiedervereinigung schon ad acta gelegt hatten und sie als Lebenslüge bezeichneten. Nicht so der Christdemokrat Kohl. Er betonte beim Besuch von Herrn Honecker am 7. September 1987 in der Godesberger Redoute – ich zitiere –: „Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Helmut Kohl galt lange als unterschätzter Politiker. Es gab Häme, es gab Witze über ihn. Der Begriff „Birne“ machte in Bonn die Runde. Das war Hochmut. Man setzte damals die Pfalz mit Provinz gleich und erkannte und verkannte das Große im Kleinen.

Ja, Helmut Kohl war mehr Strickjacke als Dreiteiler, war mehr Wolfgangsee als Toskana. Es gab auch diejenigen, die dem Konservativen eine Politik des Aussitzens vorwarfen. Natürlich gab es auch Fehler, wie jeder Mensch Fehler macht. Aber am Ende bleiben große Dankbarkeit und Errungenschaften: die Einführung der Pflegeversicherung, das Bundeserziehungsgeld, Erziehungsurlaub. – Er hat ein Bundesumweltministerium eingeführt und das Familienministerium um das Thema „Frauen“ ergänzt. Ja, der unterschätzte Kanzler.

Die „blühenden Landschaften“ hat man ihm vorgeworfen. Er hat selbst in einem Interview eingestanden, so schnell kamen sie nicht. Aber wer heute durch unser geeintes Vaterland fährt, der merkt sehr wohl die blühenden Landschaften. Deshalb meine ich, Häme müssen Politiker ertragen, aber ich finde, Stil zeigt sich dann in den Stunden, in denen Menschen zusammenstehen sollten. Dass die „TAZ“ die blühenden Landschaften pietätlos dargestellt hat, das hat uns getroffen. Ich finde es aber eine Größe, dass der Chefredakteur sich dafür entschuldigt hat.

Betroffen hat uns aber auch ein Nachruf, ob Helmut Kohl kleinlich gewesen sei. Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht beurteilen. Ich glaube, jeder Mensch ist es einmal. Aber ich finde es schade, dass ein Ministerpräsident dieses Landes dies getan hat. Jeder weiß, worum es geht. Ich bin dankbar für Ihre Worte, Frau Ministerpräsidentin, heute in dieser Stunde.

Keine Frage, Helmut Kohl war ein großer Staatsmann. Sein Name wird bleiben. Im Dezember 1998 hatte der Europäische Rat in Wien Kohl den Titel „Ehrenbürger Europas“ verliehen. Im April 1999 ehrte ihn Präsident Clinton mit der Medal of Freedom. Sein Tod bewegt die Menschen in

aller Welt. Sie spürten, mit ihm ist ein Jahrhundertpolitiker von uns gegangen. Michail Gorbatschow, der Friedensnobelpreisträger und letzte Präsident der UDSSR, erklärte, Helmut Kohl war ein herausragender Politiker. George Bush, der ehemalige US-Präsident spricht vom größten Staatslenker von Nachkriegseuropa.

Und gestern Abend kehrte ich von einer Reise aus Israel zurück, die mich auch in die palästinensischen Gebiete geführt hat. Ich konnte bei allen Gesprächen Respekt und Anerkennung für die Lebensleistung Kohls erfahren, nicht nur von dem Generalsekretär der PLO, sondern auch von Benjamin Netanjahu. Er sagte, Helmut Kohl war einer der größten Freunde Israels. Er hätte ihm damals bei der ersten Begegnung die Hand um die Schulter gelegt und gesagt: Junger Mann, ich passe auf Israel auf. –

Es wird einen europäischen Staatsakt geben. Es ist richtig, dass es ihn gibt. Es ist etwas Neues. Es wird eine Totenmesse im Dom zu Speyer geben, dem Dom, zu dem er eine solch besondere Beziehung hatte. Wir Christdemokraten werden unseren Fraktionsitzungsaal nach dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten benennen. Sein historischer Rang ist unbeschreibbar. Er war so vieles, aber er war vor allen Dingen einer von uns: mit Herz, Verstand, Gespür. – Das prägte seine Entscheidungen. Er kannte die Alltagsforderungen der kleinen Leute. Möge die Erinnerung die Quelle der Zuversicht für seine Frau und seine Familie sein. Uns, und ich finde auch, der Öffentlichkeit, die darüber schreibt und berichtet, steht es nur bis zu einem gewissen Maß zu, darüber zu urteilen, was gut oder schlecht im Hause Kohl war. Helmut Kohl war gut für Deutschland.

Und der Milchpreis heute: Mit 31 Eurocent geht es los, Butter 1,40 Euro, Fassweinstein beginnt bei 50 Eurocent. – Es kann nicht schaden, jeden Tag bereit zu sein, als würde man Helmut Kohl treffen. Man wird seinen Namen noch kennen, wenn viele andere längst vergessen sind; denn die Welt wäre eine andere, wäre er nicht gewesen. Dr. Helmut Kohl, er möge ruhen in Frieden.

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht deren Vorsitzender, Alexander Schweitzer.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte über den großen Staatsmann, den Pfälzer, den europäischen Pfälzer Helmut Kohl sprechen. Die Pfalz war immer in seinem Herzen. Hier begann seine politische Laufbahn. Von der Pfalz aus machte er in seinen späten Jahren Weltpolitik, und er setzte die Region im Süden unseres Landes auf die politische Weltkarte. Viele Staatsgäste folgten seiner Einladung in die Pfalz. Als Kinder haben wir das verfolgt. Wir waren fasziniert von den großen Namen, die in die Pfalz kommen.

Und zur Wahrheit gehört, dass er dadurch nicht nur die Pfalz auf die Weltkarte gesetzt hat, sondern dass er die Pfalz auch manchen Pfälzern wieder näher gebracht hat. Weinberge, das Hambacher Schloss mit all seiner Ge-

schichte und seiner besonderen Bedeutung, der Speyerer Dom, von dem wir wissen, bis heute hat er eine besondere Bedeutung, die pfälzliche Gemütlichkeit, ja auch die, gutes Essen darf man nicht gering schätzen, aber natürlich auch die Gespräche und die Verhandlungen auch zum Wohl unseres Volkes.

Geselligkeit war eine Sache, mit der er sich nicht schwertat. Sie war eine Seite seines Charakters und seiner Kanzlerschaft. Geselligkeit und Nähe, Nähe vor allem, und das Talent dazu, Nähe herzustellen, das war ein Stilmittel seiner Wahl. Das alles führt zu einem für die 80er-Jahre sicherlich ungewöhnlichen Politikstil. Einige Beobachter sagten damals über diese Politik Helmut Kohls, dass Deutschland in der pfälzischen Provinz ganz harmlos wirkte. Diese Staatsgäste, in deren Heimat man womöglich noch so manche stereotype Vorstellung vom auftrumpfenden Deutschland pflegte, konnten unmöglich bei der Wanderung durch die pfälzischen Weinberge, bei diesen Begegnungen mit Helmut Kohl, diese Bestätigung dieser Stereotype bekommen. Wer mochte denn bei Weinbergidylle und den freundlichen Pfälzern tatsächlich an den auftrumpfenden Wilhelminismus denken?

Vielleicht haben durch diese Heimeligkeit der Provinz – das war kein Kompliment des „SPIEGEL“, wie er damals schrieb – die Wiedervereinigung, aber auch alle europäischen Schritte, die mit ihm verbunden sind, auch die Abrüstung, eine bessere Chance bekommen.

Vielleicht hat gerade die Bodenständigkeit – über sie ist schon gesprochen worden –, die Heimatverbundenheit, die Heimatliebe, aber auch das kritische Heimatbewusstsein Helmut Kohls dazu beigetragen, dass vieles, was am grünen Tisch hätte verhandelt werden können, in dieser besonderen Nähe besser und anders geklappt hat.

All dies war in der Hochzeit des Kalten Krieges für die Mächtigen aus dem Weißen Haus, aus dem Élysée-Palast, aus dem Kreml und – man möchte sagen – wahrscheinlich aus der Downing Street ganz besonders, ein Beruhigungsfaktor. Es war ein Signal, und man darf Helmut Kohl zutrauen, dass er sich dieses Signals bewusst war, dass er es sehr bewusst gesetzt hat.

Es stimmt, was die „FAZ“ an diesem Montag geschrieben hat – ich zitiere –: „Die Pfalz – oder jede andere historische Landschaft Deutschlands – ist eben nicht ein Ort der Unvollkommenheit oder Rückständigkeit, sondern“ – ich habe das Zitat auch gefunden, Frau Klöckner, und fand es sehr sympathisch – „das große Kleine im kleinen Großen.“ Das große Kleine im kleinen Großen und dabei aber immer den wachen Blick über die Grenzen hinaus, den eigenen Grenzen, die Grenzen der Politik, in deren Tagesordnung man verhaftet ist, aber auch die Grenzen des eigenen Landes.

Helmut Kohl war all das. Er war damit nicht der Einzige in seiner Generation, aber er war der Bundeskanzler und hat diese Erfahrungen zum Inhalt und Stilmittel seiner Politik gemacht. Seine Heimat hat ihn geprägt, und er wusste, dass dieses Leben in der Pfalz immer ein Leben im Herzen Europas ist. Wir wissen heute, wir sind in Rheinland-Pfalz die europäischste Region in ganz Deutschland. Zu den Zeiten, zu denen sich das politische Bewusstsein des jun-

gen Helmut Kohl entwickelt hat, waren wir ehemaliges Aufmarschgebiet, Grenzregion und unter den Folgen des verheerenden Zweiten Weltkriegs leidend.

Weltoffenheit und Lebensfreude verbindet man mit ihm. All das, was ich geschildert habe, diese Heimatliebe, die Bodenständigkeit, die Nähe, die schnelle Nähe, manchmal auch das Kumpelhafte, aber natürlich auch seine Art insgesamt, ist nicht immer gut angekommen. Wir alle haben noch in Erinnerung, wie er in den Feuilletons abgeschnitten hat: nicht immer gut. –

Auch diese Kohlsche Instinktpolitik – das meine ich nicht despektierlich, ich glaube, man darf das nicht in Abrede stellen, und die „FAZ“ am Montag hat es festgestellt – hat bei der selbsternannten geistigen Aristokratie des Landes – so die „FAZ“ – nicht immer Anklang gefunden. Aber diese Bodenständigkeit muss ernst genommen werden. Sie war in Rheinland-Pfalz – jetzt ziehe ich den Rahmen schon weiter über den Süden des Landes –, in ganz Rheinland-Pfalz, schon immer notwendige Eignung derer, die das Land regieren oder sich darum bewerben, meine Damen und Herren.

Wir alle wissen heute wie damals zu den frühen Zeiten des Ministerpräsidenten Helmut Kohl, dass nicht die Sonntagsrede – diese ist nicht unwichtig, aber nicht entscheidend –, sondern die konkrete Verbesserung im Hier und Heute entscheidend ist, oder, um einen schon legendär gewordenen Satz von Helmut Kohl zu zitieren: Entscheidend ist das, was hinten dabei herauskommt. – Seine Begabung zum Pragmatismus ist unbestreitbar. Sie kommt in einem solchen Satz zum Vorschein.

Meine Damen und Herren, vieles, wofür Helmut Kohl stand und eintrat, konnte und kann man als Sozialdemokrat nicht teilen. Er war durch und durch ein Konservativer.

Frau Klöckner, viele Mitglieder Ihrer Partei und womöglich Sie selbst sind Teil einer Generation in der CDU, der durch Helmut Kohl politisiert wurde und die Aufforderung empfunden hat, sich politisch zu engagieren. Ich lese das in diesen Tagen sehr intensiv.

Zur Wahrheit gehört auch, dass es auf der anderen Seite, nämlich auf der Seite der politischen Linken in der Sozialdemokratie in meiner Generation, ganz viele gibt, die sich ebenfalls auf Helmut Kohl berufen, bei ihrer persönlichen und politischen Sozialisation sicherlich aus anderen Gründen, auch in Opposition zu Helmut Kohl. Trotzdem und gerade deswegen komme ich heute wegen der Beschäftigung mit dieser und der Vorbereitung auf diese Rede zu vielen Einschätzungen, die mich selbst überraschen.

Er war ein großer Politiker. Er war ein großer Ministerpräsident. Er war ein reformfreudiger Ministerpräsident. Wer die Schilderungen der Kabinettsitzungen unter dem Ministerpräsidenten Peter Altmeier in Erinnerung hat, nämlich rauchgeschwängerte und spätlesegetriebene Diskussionen, der kann ahnen, dass es einen reformfreudigen Ministerpräsidenten gebraucht hat. Helmut Kohl war ein solcher.

Es war – das ist angesprochen worden – für einen Christdemokraten in dieser Zeit mutig, die Konfessionsschulen zu überwinden. Das war mutig und notwendig. Ich habe in

einer Biografie, die ich vor Jahren über ihn gelesen habe, von ihm den Ausspruch in Erinnerung, dass er damals sagte – es muss auf einem CDU-Landesparteitag gewesen sein –: Die Kirche hat der Politik keine Weisung zu erteilen, und die Politik hat in Richtung der Kirchen keine Weisungen zu geben. – Ich vermute, dass das damals eine mutige Äußerung eines christdemokratischen Ministerpräsidenten war. Er ist vorangeschritten.

Er hatte auch die Courage, den politischen Gegner einzubinden. Vielleicht war es aber auch sein Talent zum Pragmatismus, das ich ebenfalls schon geschildert habe. Bei der Kommunalreform hatte er die SPD eingeladen. Manche sagen, das war eine sehr deutliche Einladung. Die SPD ist der Einladung gefolgt. Ich will deutlich sagen, dass man über die Grenzen zwischen Opposition und Regierung damals Ende der 60er-Jahre und zu Beginn der 70er-Jahre unseres Landes gemeinsam etwas Gutes entwickelt hat.

Meine Damen und Herren, das war damals richtig, und es muss heute nicht falsch sein. Bei schwierigen Projekten ist es damals wie heute wichtig, darüber nachzudenken, wo das Verbindende ist, und nicht darüber nachzudenken, wo wir noch einen I-Punkt finden, der uns unterscheidet.

Zu seiner Kanzlerschaft ist einiges gesagt worden. Ich finde, in der Zurückbetrachtung kann man ihm nicht hoch genug anrechnen, dass er im entscheidenden historischen Moment wusste, Gelegenheiten entschlossen, tatkräftig, zupackend und überzeugend zu nutzen. Wir wissen nicht, wie es ausgegangen wäre. Wir wissen nicht, ob das im Osten zusammengeblieben wäre. Wir wissen nicht, wie es gewesen wäre, wenn im Kreml manche Nervosität aufgetreten wäre, die nicht aufgetreten ist. Wir wissen aber, wie sich die Geschichte entwickelt hat.

Die staatliche Einheit konnte erreicht werden. Wir sind heute froh und halten es manchmal für zu schnell und selbstverständlich, dass wir wieder in einem Land leben können. Ohne Kohl wäre Deutschland ein anderes Land. Das gilt im gleichen Maß auch für Europa; denn er wusste immer, dass die Einheit Deutschlands nur in einem gemeinsamen Europa erreicht werden kann. Umgekehrt ist es ganz genauso.

Ich will, nicht weil ich als Sozialdemokrat denke, ich bin es mir selbst schuldig, sondern weil es die historische Tatsache ist, an der ich nicht vorgehen möchte, deutlich darauf hinweisen, dass sich Helmut Kohl sehr viel stärker, als es damals die tagesaktuelle Debatte deutlich gemacht hat, auch in der Tradition der Entspannung Willy Brandts und Helmut Schmidt befunden hat. Er hat sie fortgesetzt. Er hat sich in diese Kontinuität begeben. Manches verbindet sich mit den Kanzlern, die ich genannt habe.

Brandt mit seinen Erfahrungen des Exils, Helmut Schmidt als Kriegsteilnehmer und Helmut Kohl als Angehöriger der Flakhelfer-Generation – alle hatten die Erfahrung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs tief in sich. Für alle war es der Impuls zu sagen: Nie wieder Krieg. So etwas darf sich nie wiederholen. –

Egal, auf welcher politischen Seite des demografischen Spektrums wir stehen: Unser ganzes Tun und Streben

muss daran ausgerichtet sein, dafür zu sorgen, dass es nie wieder eine deutsche Generation gibt, die wie selbstverständlich in den Krieg gehen muss. –

Das europäische Projekt prägte ihn zeitlebens. Er hat als junger Mann in der Südpfalz mit anderen jungen europäischen Föderalisten die Grenzpfähle niedergerissen und durchgesägt, wie zum Beispiel in Weissenburg – die Frau Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen – und in Bobenthal – ganz in der Nähe meiner Heimat. Das war eine große Tat.

Etwas mehr als 30 Jahre später sind in Weissenburg die Grenzpfähle wirklich gefallen. Dass man heute wie selbstverständlich über die Grenze fahren, reisen und gehen kann und sich zum Kaffee von „hiwwe und driwwe“, wie wir in der Südpfalz sagen, treffen kann, ist in meiner Generation etwas, was man als selbstverständlich, vielleicht als zu selbstverständlich wahrnimmt. Das sage ich heute als Sozialdemokrat, der in Opposition zu Helmut Kohl politisiert wurde. Das habe ich und das hat meine Generation Helmut Kohl zu verdanken.

Meine Damen und Herren, wenn meine politische Generation, und zwar fast egal auf welcher Seite des Hauses wir stehen, nicht dazu beiträgt, dass die Generation meiner drei Kinder nicht in 20 oder 30 Jahren auch wie selbstverständlich über offene Grenzen in Europa geht, dann hat unsere politische Generation auch vor dem Hintergrund des Erbes von Helmut Kohl und der Seinen versagt. Auch das ist für mich eine Lehre der Betrachtung des Lebenswerks von Helmut Kohl.

Meine Damen und Herren, wir lesen in diesen Tagen viele Würdigungen. Nicht jede Würdigung ist zu einer Verklärung geraten. Das ist richtig. Aber die Würdigung seiner Lebensleistung, der Lebensleistung des großen Pfälzers, Rheinland-Pfälzers, deutschen Bundeskanzlers und Europäers ist aus meiner Sicht unbestreitbar. Darüber kann es keinen Streit und keine Auseinandersetzung geben. Darum füge ich gern an: Auch ich als Vorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion verneige mich vor dem Erbe Helmut Kohls. –

Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion der AfD hat deren Vorsitzender Junge das Wort.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland und Europa betrauern einen seiner letzten großen Staatsmänner. An dieser Stelle ist Dr. Helmut Kohl unser Respekt und unsere Anerkennung gegenüber seiner Person und seiner Lebensleistung sicher.

Wir gedenken einem Staatsmann, der aus der Mitte der Gesellschaft gekommen ist, einem Rheinland-Pfälzer, einem Ministerpräsidenten und einem Bundeskanzler mit Ecken und Kanten, aber von außergewöhnlichem Format.

Dr. Helmut Kohl, geboren am 30. April 1930 in Ludwigshafen am Rhein, verstarb am 16. Juni dieses Jahres eben auch dort, wo er geboren wurde. Genau das passt zu ihm – das ist nicht jedem vergönnt –, dem erfahrenen und hoch geachteten Weltpolitiker, der seiner Heimat bis zuletzt immer verbunden war.

Er wird auch heute noch von vielen Bürgern für seine Bodenständigkeit, für seine festen christlich-konservativen und patriotischen Überzeugungen, aber auch wegen seiner gelegentlichen Raubeinigkeit und Authentizität, die viele Politiker heutzutage nicht mehr besitzen, hoch geschätzt und verehrt.

Bodenständig, wie er stets war, stand Helmut Kohl für klare Worte, aber auch für klare Kante. Das spürten nicht nur die politischen Gegner, sondern auch bisweilen der eine oder andere Pressevertreter und Parteifreunde ohnehin. Er trug sein Herz und eine ordentliche Portion Saumagen stets auf der Zunge. Der Konflikt zwischen einer derart dominanten Person mit diesem Format mit dem politischen Gegner sowie der gerade ihm gegenüber oft unfairen und teilweise sogar beleidigenden Berichterstattung war geradezu vorgeprogrammiert. Hier bewies er unter anderem gegenüber dem „SPIEGEL“, dem er zeitlebens kein Interview gab, seine beständige und konsequente Haltung. Wer es sich mit ihm einmal verscherzt hatte, der hatte es schwer, sich wieder Gehör zu verschaffen.

Helmut Kohl ließ sich weder durch linke Demonstranten, Eierwerfer noch Pressevertreter oder gar durch andere Staatsoberhäupter einschüchtern. Während man ihm häufig mit Hohn und Spott entgegentrat, begegnete er seinen Gegnern stets mit distanzierterem, aber höflichem Respekt.

Legendär war seine stoische Ruhe, mit der er seine Rede am 10. November 1989, einen Tag nach dem Mauerfall, vor dem Schöneberger Rathaus hielt, während andere ein gellendes Pfeifkonzert veranstalteten. Er war eben ein Staatsmann.

Helmut Kohl war für mich persönlich als junger Wahlkämpfer der Jungen Union und später als CDU-Mitglied stets der glaubwürdige Garant für eine bürgerlich-konservative und patriotische Grundhaltung, der ich mich immer zutiefst verbunden gefühlt habe und die ich bei seiner Nachfolgerin so sehr vermisse.

Bis zuletzt bewies er wahre Völkerverständigung und zeigte wieder einmal politische Größe, als er auch Ministerpräsident Orbán empfing, obwohl dieser von der Bundesspitze seiner Partei, den Medien und der Bundesregierung wegen seiner eigenständigen Politik als *Persona non grata* erklärt wurde. So war er, der Helmut Kohl, stets nur seinen eigenen Überzeugungen verpflichtet, ohne auf den heute alles bestimmenden *Mainstream* zu starren. Eine echte eigene Meinung und Haltung erwachsen aus Überzeugung und nicht aus Anpassung. Darin war er sich mit seinem großen Widersacher und ebenfalls hoch geachteten Vorgänger Helmut Schmidt sehr ähnlich.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe danach, nach ihm, nie wieder dieses Gefühl des politischen Urvertrauens gehabt. Als es in den 80er-Jahren seitens der damaligen Opposition immer wieder den Vorstoß gab, die

Präambel des Grundgesetzes – Frau Klöckner sprach es an – zu ändern und die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, setzte Helmut Kohl weitsichtig seinen Widerstand und seine ganze Kraft dagegen. Als Ministerpräsident, aber insbesondere auch als Kanzler zeigte er, dass Deutschland aus mehr als nur aus Bonn oder Berlin bestand. Er zeigte seinen Staatsgästen mit Vorliebe seine Heimat, die Pfalz, und das für Hauptstadtverhältnisse beschauliche Mainz und natürlich den geliebten Speyerer Dom.

Helmut Kohl war und wird in unseren Geschichtsbüchern als Kanzler der Einheit in fester Erinnerung bleiben, und zwar als der, der die Gunst der Stunde erkannte, die un-menschliche Teilung unseres Volkes in diesem wirklich kurzen historischen Zeitfenster ergriff und die so ersehnte Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit maßgeblich vollenden konnte.

Die Haushaltsdebatte am 28. November 1989 zu nutzen, um in einem 10-Punkte-Plan den Weg zur deutschen Einheit quasi im Alleingang anzustoßen, war schon ein Husearenstück, das jedem Basisdemokraten der heutigen Zeit den Angstschweiß auf die Stirn treiben würde. Aber das zeichnet eben einen großen Mann aus, zum richtigen Zeitpunkt aus Überzeugung entschlossen zu handeln.

Natürlich gehört zum Erfolg auch immer eine Portion Glück oder Fortune. Das ist völlig klar. Auch das hatte er. Ohne die freundschaftlichen Beziehungen zu Gorbatschow, Bush und Mitterrand wäre der große Wurf wohl so nicht gelungen. Damit bewies er auch, dass die friedliche Umsetzung der Deutschen Einheit, aber auch die Zukunft Europas nur durch ein gutes Verhältnis zu Russland und den Vereinigten Staaten möglich war und ist.

Beides scheint in den heutigen Tagen leider infrage gestellt zu sein. Helmut Kohl bewies in seinem Wirken auch, dass deutscher Patriotismus und das Streben nach einem friedlichen Zusammenleben der Völker keinen Gegensatz darstellen muss. Er hat beides überzeugend gelebt und gestaltet.

Als Helmut Kohl an den Tagen des 8. und 9. Dezember 1989 einer Art Tribunal in Straßburg beim EG-Gipfel entgegentrat, schlug ihm offene Ablehnung entgegen. Anstelle die starke D-Mark als strategisches Mittel für die Unabhängigkeit Deutschlands und die neu gewonnene Stärke einzusetzen, gab er auf Drängen Frankreichs die D-Mark auf. Die Einführung des Euro auch für die Länder, die die festgelegten Konvergenzkriterien nicht erfüllten, und die enge Einhegung Deutschlands in einen europäischen Staatenbund, der sich heute immer öfter als Zentralstaat gebärdet, war ein hoher Preis. Hier wich er aus meiner Sicht folgeschwer von seiner sonst so konsequenten Haltung ab.

Die Hoffnungen, die sich mit der Einführung des Euro auf Helmut Kohl verbanden, haben sich nicht erfüllt. Heute ist Europa leider gespaltener, als es damals war. Bei aller Anerkennung seiner Lebensleistung muss auch das gesagt werden.

Meine Damen und Herren, dennoch sehe ich Helmut Kohl, wenn ich an ihn denke, immer wieder an diesem 19. Dezember 1989 an der Ruine der Frauenkirche zu Dresden

vor Tausenden von fahnenschwenkenden DDR-Bürgern stehen und diese großartigen Worte sprechen: Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation. – Das hatte mich tief bewegt. In diesem Moment wusste ich angesichts des unbeschreiblichen Jubels der Deutschen, es wird gelingen. Der Name Helmut Kohl wird immer mit der ersehnten Vollendung der Deutschen Einheit in Frieden und Freiheit verbunden bleiben.

Danke, Helmut Kohl.

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht deren Vorsitzender Thomas Roth.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dr. Helmut Kohl, dem wir in dieser Stunde gedenken, ist gerade in diesen unruhigen Zeiten ein großes Vorbild für uns alle. Noch vor drei Jahren stellte er gemeinsam mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sein Buch „Aus Sorge um Europa“ vor. Darin befindet sich ein Plädoyer, dass Europa wieder eine Herzensangelegenheit werden müsse. Es braucht Mut für die Zukunft Europas. Glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich rede, sagte Kohl schon gesundheitlich schwer angeschlagen.

Natürlich ging es ihm mit diesen Äußerungen um sein großes Vermächtnis, auf das er zu Recht sehr stolz sein konnte; denn Helmut Kohl hatte großen Anteil an einem geeinten Europa. Noch heute ist sein Engagement für eine Währungsunion ein wichtiger Bestandteil der europäischen Zusammenarbeit. Dass das Projekt Europa irgendwann in eine ernst zu nehmende Krise rutschen würde, daran hatte Kohl zu seiner Regierungszeit wohl nie gedacht.

Für ihn war das geeinte und starke Europa stets ohne Alternative. Ihm wäre daran gelegen, dass das Projekt „Europa“ auch weiterhin Bestand hat. Das Gedenken an ihn als große politische Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts muss stets damit verbunden sein, weiterhin für Einigung, Frieden und Freiheit zu kämpfen.

Europa muss eine Herzensangelegenheit für uns alle sein und bleiben, genau wie das für den Verstorbenen zeitlebens auch immer so gewesen ist. Für seine besonderen Verdienste um die Gestaltung, die Zusammenarbeit und die Erweiterung der Europäischen Union wurde Helmut Kohl von den europäischen Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat am 11. Dezember 1998 der Titel „Ehrenbürger Europas“ verliehen, eine Auszeichnung, die bisher nur zwei weiteren Personen zuteil wurde. Namentlich sind dies Jean Monnet, Wegbereiter der europäischen Einigungsbestrebungen und einer der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft, dem als Erster dieser Titel 1976 verliehen wurde, sowie Jacques Delors, der zehn Jahre lang das Amt des Kommissionspräsidenten bekleidet hatte und vor fast genau zwei Jahren diesen besonderen Ehrentitel erhalten hat.

Vor allem aber beweist diese Ehrenbürgerschaft eindrucksvoll, welchen Stellenwert der Name und die Person Helmut

Kohls in Europa genießt. Zeitlebens sorgte sich Helmut Kohl um Einigung, Frieden und Freiheit. Das vom Zweiten Weltkrieg verursachte Leid bekam durch den Tod seines älteren Bruders Walter ein Gesicht und für Helmut Kohl einen sehr persönlichen Bezug. Den Satz „Nie wieder Krieg“ brauchte er nicht zu buchstabieren, sagte er. Dieser sei ein Teil seines Lebens und Wesens geworden, beschrieb Kohl sein Credo.

Auch dies war Antrieb dafür, sich nachhaltig für die deutsch-französische Freundschaft einzusetzen. Ein Symbol für diese Bemühungen ist in einem der wohl bekanntesten Bilder festgehalten, als der damalige Bundeskanzler auf Versöhnung abzielend Hand in Hand mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand in Verdun den Gefallenen des Ersten Weltkriegs gedachte.

Auch zu US-Präsident George Bush suchte Kohl diesen Kontakt und ließ damit die Freundschaft zu den beiden wichtigsten Partnern reifen. Auf dieser Grundlage waren vertrauensvolle Verhandlungen möglich, die beispielsweise die Zwei-plus-Vier-Verträge nach sich zogen. Sie besiegelten das Ende der Nachkriegszeit, hoben besatzungsrechtliche Beschränkungen in Deutschland auf und waren ein maßgeblicher Beitrag zur Friedensordnung in Europa und auf diplomatischem Terrain.

Untrennbar davon ist die deutsche Wiedervereinigung, der wohl größte Erfolg Helmut Kohls in seiner Zeit als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Gemeinsam mit Hans-Dietrich Genscher bewies Helmut Kohl zeitlebens diplomatisches Geschick und überwand so die Zeit des „Kalten Krieges“.

In der Presse vergangener Tage ist von einer Zeit der Ausnahme zu lesen. Die Berliner Mauer fällt. Die DDR und die Sowjetunion finden ihren Niedergang. Die Wiedervereinigung wird Realität. All das passiert friedlich. Kohl schaffte es, in äußerst aufgeregten und nervösen Zeiten, als alle Augen auf die Bundesrepublik Deutschland gerichtet waren, die Ruhe zu behalten und pragmatisch zu regieren, um mit wiedergewonnener Stärke nicht über das Ziel hinauszuschießen und damit Einigungsprozesse zu gefährden.

Im vergangenen Jahr haben wir Freien Demokraten um Hans-Dietrich Genscher getrauert, der mit ihm in dieser Phase vertrauensvoll zusammengearbeitet hat. Beide haben sich große Verdienste als Architekten der Wiedervereinigung erworben, durften sie doch in den entscheidenden Phasen des Umbruchs keine Fehler machen. Helmut Kohl wird nun als „Kanzler der Einheit“ in die Geschichte eingehen, der Einheit Deutschlands und der Einheit Europas.

Doch nicht nur auf bundes- und europapolitischer Ebene hat er Entscheidendes erreicht. Auch als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident hat er nachhaltige Entscheidungen zum Wohl für unser Bundesland von 1969 bis 1976 getroffen. Hier brachte er unter anderem die erste Gebietsreform mit auf den Weg. Auch ersetzte Helmut Kohl die Konfessionsschulen durch Gemeinschaftsschulen, sodass Schülerinnen und Schüler aller Konfessionen gemeinsam unterrichtet werden konnten. Helmut Kohl trieb aber auch die Einrichtung der Doppeluniversität Trier und Kaiserslautern maßgeblich voran, an der heute knapp 30.000

Studentinnen und Studenten eingeschrieben sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Tagen gelten unser Mitgefühl und unsere tief empfundene Anteilnahme der Familie und den Freunden Helmut Kohls. Die FDP-Fraktion verneigt sich vor einem großen Staatsmann, einem überzeugten Europäer, einem überzeugenden Kanzler und bedeutenden Rheinland-Pfälzer, der uns vor allem mit der europäischen Einigung und der Deutschen Einheit ein Lebenswerk hinterlassen hat, das in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seinesgleichen sucht.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzender Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir trauern alle gemeinsam um den großen Staatsmann der deutschen und europäischen Nachkriegszeit Helmut Kohl. Helmut Kohls Politik und sein Handeln fußten auf einer festen Überzeugung und auf festen Werten. Diese festen Werte und festen Überzeugungen waren stets bei seiner Politik dabei.

Es war die Grundlage dieses großen Staatsmannes, dass er für Frieden kämpfte, und zwar deswegen, weil er den Krieg und die Grauen des Zweiten Weltkriegs erlebt hatte und persönlich betroffen war, und zwar nicht nur durch seine eigene Erfahrung bei den Löscheinsätzen in Ludwigshafen – die Stadt Ludwigshafen ist zu mehr als der Hälfte im Zweiten Weltkrieg zerstört worden –, sondern weil er seinen geliebten Bruder im letzten Jahr des Krieges 1944 verloren hatte. Man fragt sich natürlich, was der Sinn einer solchen Handlung ist und wozu ich meine Liebsten und meinen Liebsten verloren habe. Ich glaube, deswegen waren die Grundlagen von Helmut Kohl auch so fest und so unverrückbar. Deswegen wusste er auch, wo er herkommt und wo er hin will.

Diese Wurzeln seines Einsatzes für die europäische Überzeugung und die europäische Idee teilte er in der Zeit nach dem Krieg mit vielen Menschen. Nicht alle wussten, dass es direkt zum Frieden kommen kann. Viele sinnten noch auf Rache. Aber Churchill und auch de Gaulle waren von der anderen Seite unterwegs. Deswegen war es so wichtig, dass nach Adenauer und Schmidt dann auch Helmut Kohl seine Hand ausgestreckt hat. Dieses Handausstrecken – das kennen alle, die das auf dem Friedhof in Verdun gesehen haben – war beeindruckend. Das ist eines der Bilder, das auch bei mir in tiefer Erinnerung bleiben wird. Ich werde dieses Bild nie vergessen.

Es war zwar Mitterrand, der seine Hand ausgestreckt hat, aber Kohl hat diese Hand spontan ergriffen. Es war aber ein Symbol dafür, dass die zwei Nationen – wenn man in der Pfalz lebt, das wurde schon gesagt, weiß man, dass es viele Jahrhunderte Krieg gab –, die Jahr um Jahr Krieg gegeneinander geführt haben, wie der Dreißigjährige Krieg und die Weltkriege, bei denen Regionen zerstört wurden, wieder zusammenleben können. Es gibt für alle Zukunft

für alle Konflikte in dieser Welt die Hoffnung, dass es die Möglichkeit gibt, Konflikte, die tief verwurzelt sind, zu überwinden. Helmut Kohl hat das gewusst und danach gehandelt.

Helmut Kohl, so wird berichtet, hat einen Schlagbaum eingerissen. Wir wissen nicht genau, ob er sich mit seiner ganzen Kraft darauf gestürzt hat, oder ob er einfach nur symbolisch, wie es heute hieß, diesen Schlagbaum eingerissen hat. Er hat aber Schranken eingerissen, und zwar gedankliche Schranken und auch die Schranken zwischen den Ländern.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine der wichtigsten Erinnerungen, die wir behalten werden, nämlich dass es zwischen den Ländern keine Schranken geben muss und es offene Grenzen in Europa geben kann. Helmut Kohl hat gezeigt, wie diese Grenzen zu öffnen sind.

Ich hätte damals nie gedacht – als langhaariger Jugendlicher war es ohnehin immer schwierig, über eine Grenze zu kommen, ohne intensiv kontrolliert zu werden –, dass ich ohne Kontrolle über eine Grenze gehen kann. Dass das heute nicht nur zwischen Deutschland und Frankreich, sondern auch in fast ganz Europa der Fall ist, ist ein Traum. Viele junge Menschen können sich gar nicht mehr vorstellen, dass diese Grenzen wieder eingeführt werden.

Die Verdienste hinsichtlich des Schengener Abkommens und der Abschaffung dieser Grenze sowie auch zur europäischen Einigung mit dem Vertrag von Maastricht – das mögen die einen kritisieren, die anderen finden es immer noch sehr gut, dass wir eine wirtschaftliche und finanzielle Einheit in Europa haben – sind Helmut Kohl für immer zuzuschreiben. Deswegen wird in Zukunft nicht nur in dieser Bundesrepublik Deutschland, sondern weit über Europa hinaus und weltweit Helmut Kohl ein großer Name sein.

Einige von Ihnen haben auch persönliche Erinnerungen vorgetragen. Ich habe nicht immer so positiv über Helmut Kohl gedacht. Ich war auch am Hambacher Schloss, als sich dort Reagan und Kohl getroffen haben. Ich war natürlich bei den Demonstranten und habe gegen diese Veranstaltung demonstriert. Auch in Bonn waren wir bei den Demonstranten gegen die Nachrüstung.

Im Nachhinein – ich denke, das muss man wissen, wenn man Politik macht und die Geschichte schätzen will – muss man diese Verdienste und das klare Geradeaus anerkennen, das Helmut Kohl hatte. Helmut Kohl ist als Ludwigshafener geboren. Er ist als Rheinland-Pfälzer groß geworden. Er ist als Deutscher in die Politik eingegangen. Ich glaube, er hatte seine Laufbahn damit gekrönt, dass er Europäer und Weltmensch wurde.

Meine Damen und Herren, das ist ein Weg, den wir uns zum Vorbild nehmen sollten. Wir sollten nicht kleinkariert, sondern in großen Erinnerungen, Überlegungen und Visionen denken. Helmut Kohl hatte diese Vision: Es gibt ein großes, einheitliches und einiges Europa. – Das heißt nicht, dass Helmut Kohl nicht streitbar war. In Ludwigshafen erzählt man sich immer noch, dass in den 50er-Jahren ein Plakatiertrupp der SPD von Helmut Kohl gestellt wurde, weil er wohl angeblich über CDU-Plakate plakatiert hatte.

Wer diese Schlacht gewonnen hat, will die SPD, glaube ich, nicht wissen. Es ist eindeutig, Helmut Kohl hat sich auch da durchgesetzt.

Natürlich hat er später in der Zeit, in der er im Stadtrat in Ludwigshafen war, in der Zeit, in der er hier im Parlament war, immer wieder eine klare Linie gezeigt. Diese klare Linie muss auch sein in einer Demokratie, damit die Menschen wissen, wofür die Politik steht und wofür die einzelnen Politikerinnen und Politiker stehen.

Helmut Kohl hat das, was man ihm immer vorgeworfen hat, eben nicht gemacht. Er hat es nicht ausgesessen. Er hat klare Linien gezeigt, und er hat auch in der Landespolitik eine klare Linie gezeigt, mit dem Kitagesetz – das ist schon angesprochen worden – und mit dem ebenfalls angesprochenen Schulgesetz; und wir wissen, die Kommunalreform war damals so, dass die heutige wahrscheinlich eher ein Ponyhof ist.

Wir sehen aber, dass er das durchgezogen hat, und wir sehen, dass diese Möglichkeit, Politik klar zu machen, den Menschen zu erklären, wofür man steht, eine erfolgreiche Politik sein kann.

Meine Damen und Herren, deswegen und für diese Offenheit, die Helmut Kohl gezeigt hat, gebührt ihm unser Respekt, gebührt ihm natürlich auch unser Dank in diesem Land, in Rheinland-Pfalz, in Deutschland und in Europa.

Sie haben es angesprochen. Alles, was geplant ist, ist eine würdige Verabschiedung von Helmut Kohl – der europäische Staatsakt und auch die Rahmenbedingungen.

Meine Damen und Herren, ich will mit einem Zitat von Helmut Kohl enden. Er hat die Sätze in einer Rede auf dem zweiten Parteitag der CDU am 15. Dezember 1991 in Dresden gesagt. Ich zitiere: „Jetzt realisieren wir die europäische Einigung, weil es dem Frieden, weil es der Freiheit, weil es der Zukunft dient. Dieses Europa darf keine Festung werden, in der wir uns von den anderen abschotten. Es muss offen sein.“

Meine Damen und Herren, ich danke und verneige mich vor Helmut Kohl.

Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich für die würdige Debatte bedanken. Ich glaube, der Landtag hat den großen Europäer und Staatsmann Helmut Kohl mit dieser Debatte auf angemessene Weise geehrt und sich vor ihm verneigt.

Ich halte es nicht für angebracht, unmittelbar in die Aktuelle Debatte einzusteigen. Wir machen eine fünfminütige Pause und werden die Plenarsitzung dann fortsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Unterbrechung der Sitzung: 15:17 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 15:29 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Plenarsitzung fort.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

AKTUELLE DEBATTE

Die Aktuelle Debatte ist zweigeteilt, da die Fraktion der CDU wegen der Gedenkstunde auf ihre Aktuelle Debatte verzichtet hat.

Ich rufe das erste Thema auf:

Treibstoffablass über Rheinland-Pfalz – Schutz von Mensch und Umwelt sichern auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/3310 –

Für die SPD-Fraktion spricht der Vorsitzende, Herr Abgeordneter Alexander Schweitzer.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alles Gute kommt von oben, so sagt der Volksmund. Das stimmt nicht jeden Tag. Es stimmt in Rheinland-Pfalz leider nicht jeden Tag. Es hat ganz besonders nicht gestimmt am 15. Mai dieses Jahres, als ein Jet einer kanadischen Luftverkehrsunternehmung über der Region Pfalz, hier insbesondere in den Bereichen zwischen Kaiserslautern und Saarbrücken, sage und schreibe 54 Tonnen Kerosin ablassen musste.

Die Bedeutung dieses Vorgangs aus Gründen der Navigation, aus Gründen der Luftverkehrssicherheit möchte ich heute gar nicht beleuchten, es steht auch nicht im Mittelpunkt der Debatte. Die Hinweise, die wir von den Luftverkehrsunternehmen, von der Deutschen Flugsicherung, von den alliierten Streitkräften, die für den Bereich des militärischen Flugverkehrs zuständig sind, bekommen, sind immer dann, wenn eine Maschine schon in der Luft ist und in Schwierigkeiten gerät, eine Notlandung ins Auge gefasst wird und ein notwendiges Gewicht erreicht werden muss. Dann kann eine solche Kerosinablassung notwendig sein. Ich lasse das einfach einmal so stehen.

Meine Damen und Herren, der Punkt, um den es mir aber geht, ist, dass wir in den vergangenen Jahren in Deutschland nach uns vorliegenden Angaben zwischen 2010 und 2016 121 Fälle aus zivilen Flugzeugen sowie 18 Fälle aus militärischen Flugzeugen hatten. Davon sind überwiegend die Region Pfalz und die benachbarten Regionen betroffen.

60 % des aus militärischen Flugzeugen abgelassenen Treibstoffs ist über der Pfalz abgelassen worden, und immerhin 20 % des aus zivilen Flugzeugen abgelassenen Kerosins ist über Rheinland-Pfalz, auch hier über der nach den offiziellen Begrifflichkeiten so definierten Region Pfalz abgelassen worden.

Es gibt also eine besondere Betroffenheit unseres Landes Rheinland-Pfalz. Es gibt eine besondere Betroffenheit

auch der Nachbarregionen. Ich nenne das Saarland, und ich nenne Hessen.

Es ist ein Thema, mit dem wir uns deshalb zu beschäftigen haben, weil ich feststelle, dass wir einen Mangel an Informationen haben über das, was über unseren Köpfen geschieht.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, denken Sie nur, wie weit wir inzwischen schon gekommen sind bei der Beobachtung, Begutachtung und Information all dessen, was aus jedem herkömmlichen Kfz aus dem Auspuff kommt. Den Dieselskandal will ich jetzt einmal außen vor lassen.

Denken Sie darüber nach, wie viel wir schon wissen über die Emissionen aus Nutzfahrzeugen. Denken Sie darüber nach, was wir wissen über den Bereich Flug- und Zugverkehr, wie stark wir uns darüber austauschen, wie stark die Emissionen im Bereich des Güterverkehrs Rheinland-Pfalz betroffen machen. Aber dass wir so wenig wissen über das, was über unseren Köpfen geschieht, das finde ich eklatant, und ich finde es angesichts der Tatsache, dass wir manche Informationen erst nachfassen müssen, dass wir manche Informationen nicht automatisch bekommen, auch empörend. Das ist kein Zustand, den wir lange noch so akzeptieren können, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns als SPD-Fraktion schon im vergangenen Jahr mit diesem Thema beschäftigt. Der Einstieg war eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniel Schöffner, Martin Haller und mir.

Ich bin sehr froh, dass die Landesregierung auch aus dieser Initiative heraus ihrerseits dieses Engagement entwickelt hat. Uli Höfken, unsere Umweltministerin, hat in der Umweltministerkonferenz darauf hingewiesen, dass wir eine neue Studie brauchen. Das ist völlig gerechtfertigt, weil wir bei der Beschäftigung mit dem Thema feststellen, dass die Standardstudie, die Aussage darüber gibt, welche gesundheitlichen Risiken aus dem Kerosinablass für die Bevölkerung der betroffenen Gebiete entsteht, aus dem Jahr 1992 stammt. Das kann auf keinen Fall der letzte Stand der Dinge sein.

Wir wissen darüber hinaus, dass es schwierig ist, auch für die Landesregierung, gegenüber dem Bundesgesetzgeber, gegenüber der Bundesregierung Informationen darüber zu bekommen, wann wo welche Maschine etwas abgelassen hat, und wir haben natürlich auch keine Informationen darüber, wie sich das auswirkt, was uns in Rheinland-Pfalz, in der Pfalz betrifft.

All das ist mit Blick auf die Zuständigkeiten der zivilen und militärischen Luftwirtschaft, mit Blick auf die Tatsache, dass wir grenzübergreifend agieren müssen, Saarland – Rheinland-Pfalz, Hessen – Rheinland-Pfalz, Rheinland-Pfalz – Luxemburg, Rheinland-Pfalz – Baden-Württemberg, zu betrachten. Ich sehe hier den Bund in der Pflicht, uns gegenüber den Partnern der privaten Luft-

verkehrswirtschaft und den militärischen Partnern zu unterstützen, um deutlich zu machen, wir brauchen ein engmaschiges Netz an Informationen, wir brauchen eine Weitergabe der Informationen vom Bund an das Land, und wir brauchen eine Messung der gesundheitlichen Risiken, und zwar langfristig, und wir brauchen eine aktuelle Studie darüber, was passiert tatsächlich mit dem, was in 1.000 oder 1.500 Meter über unseren Köpfen abgelassen wird.

Das ist mein Impuls. Darum ist es mir wichtig, dass wir heute diese Debatte führen.

Danke für die Aufmerksamkeit

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Dr. Ganster.

Abg. Dr. Susanne Ganster, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute auch zu diesem sehr wichtigen Thema sprechen, weil es ein Thema in unserer Region in der Pfalz, besonders noch einmal in der Südwestpfalz und der Westpfalz ist, weil wir natürlich diese Region in Rheinland-Pfalz sind, die über das größte Waldgebiet, den Pfälzerwald, verfügt, und weil wir wissen, dass Kerosin in einer solchen Notsituation, in einer sicherheitsrelevanten Situation, in der es überhaupt nur abgelassen werden darf, dann möglichst über unbewohntem Gebiet abgelassen werden soll. Dieser Bereich ist, wie wir auch den Daten entnehmen konnten, vornehmlich mit der Region Pfalz betitelt. Deswegen betrifft es auch vorwiegend das Gebiet des Pfälzerwaldes.

Wir haben diese Zahlen, die uns heute noch einmal in dieser Aktualität beschäftigen, über den Bundestag, über die Drucksache bekommen, die sich mit dem Kerosinablass zwischen 2010 und 2016 beschäftigt. Der Fall mit diesen 54.000 Tonnen am 15. Mai ist natürlich der aktuelle Anlass. Das ist richtig. Aber die Zahlen der letzten sechs Jahre zeigen, dass wir einen Großteil des abgelassenen Kerosins im Bereich der Pfalz haben, auch rund um Ramstein, wenn es noch einmal näher beziffert wird. Auch für uns und für unsere Bürger ist es ganz wichtig zu wissen, welche Auswirkungen das hat. Das ist natürlich ganz klar. Auswirkungen für Mensch und Natur, auch das ist uns als CDU wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen ist es wirklich an der Zeit, Herr Schweitzer, dass endlich neue Gutachten erstellt werden. Das letzte vom TÜV Rheinland aus dem Jahr 1992 kann, glaube ich, wirklich dringend überholt werden. Da sind wir uns einig.

Erstaunt haben wir in unseren Reihen bemerkt, dass Sie als SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz das Thema bringen und die neuen Studien fordern, obwohl doch im Bund im Umweltministerium eine SPD-Ministerin die Führung hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen ist es richtig, und wir unterstützen es, dass auch auf Bundesebene jetzt die Hausaufgaben gemacht werden, dass die Umweltministerkonferenz ein neues Gutachten gefordert hat.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch eine Frage in den Raum werfen, die wir uns der Ehrlichkeit halber auch stellen müssen, meine Damen und Herren. Was für eine Alternative gibt es,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

wenn in einer solchen wirklichen Notsituation, bei der die Sicherheit vieler Menschen gegebenenfalls auf dem Spiel steht? Welche Alternative hat ein Pilot dann, außer Kerosin ablassen zu müssen? Ich glaube, in der gesamten Debatte müssen wir uns auch mit dieser Frage beschäftigen.

Dennoch – wie gesagt –, wir erwarten auch mit Spannung dieses Gutachten. Es wird wohl erst für Ende 2018 vorliegen, und dann müssen wir gern wieder darüber sprechen, welche Alternativen es gibt und welche vielleicht besseren vorbeugenden Maßnahmen getroffen werden können, damit es wirklich nur im äußersten Notfall zu einem solchen Kerosinablass kommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde der 12. Jahrgangsstufe des Stefan-George-Gymnasiums Bingen und Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde der Jahrgangsstufen 11 und 12 des Staatlichen Aufbaugymnasiums Alzey. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Klein das Wort.

Abg. Jürgen Klein, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema hat ein Abgeordneter der SPD Ende des vergangenen Jahres zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage gemacht. Die Antwort des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom November 2016 war umfassend und hat in der gebotenen Kürze auf weitere Berichte von verantwortlichen Behörden und Fachinstituten verwiesen.

Insbesondere die ausführliche Antwort der Bundesregierung im Oktober 2016 auf eine Anfrage der Grünen zum Ablassen von Treibstoff durch Flugzeuge ist aufschlussreich. Aus den Dokumenten wird deutlich, dass der Großteil der abgelassenen Treibstoffe aus dem zivilen Flugverkehr stammt. In den Jahren 2010 bis 2016 wurden jährlich zwischen 200 und 700 Tonnen aus zivilen Flugzeugen und bis zu 154 Tonnen aus Militärmaschinen abgelassen.

Erkennbar ist auch, dass Rheinland-Pfalz in einem höheren Maße betroffen ist, als es seinem Flächenanteil entspricht. Im zivilen Bereich ist dies auf die Nähe zum Flughafen Frankfurt zurückzuführen. Im militärischen Bereich sind die Flüge zu der amerikanischen Airbase Ramstein in der Pfalz maßgeblich.

Im Hinblick auf die Mengen ist zu bedenken, dass im zivilen Bereich das Ablassen von Treibstoff regelmäßig vorgenommen wird, um große vollgetankte Maschinen für eine nicht geplante Landung vorzubereiten. Solche Maschinen müssen von Kraftstoff entlastet werden, weil sie vollgetankt nicht sicher landen können. Die Gründe für den Ablass aus Militärmaschinen sind aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

(Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund übernimmt den Vorsitz)

Die AfD bittet die Landesregierung, weiterhin mithilfe der Bundesbehörden den Ablass von Treibstoffen über Rheinland-Pfalz zu registrieren und auch zu versuchen, die möglichen Stoffeinträge zu ermitteln. Die entsprechenden Fachgutachten kalkulieren sehr geringe Emissionen aus dieser Quelle, aber Messungen wären doch sicherer.

Für die zivilen Flugzeuge ist eine Minderung der abgelassenen Mengen anzustreben. Da hier die Sicherheitsaspekte Vorrang haben, müssten Verbesserungen von den Fachbehörden für Flugsicherheit entwickelt werden.

Nach den internationalen Vorschriften ist das Ablassen nur bei großen viermotorigen Maschinen vorgesehen. Mittlere und kleinere Flugzeuge müssen kreisen, um die Kraftstoffmenge vor einer Notlandung zu reduzieren. Verbesserungen sind nur über Beschlüsse der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO möglich.

Wir ersuchen die Landesregierung, mit anderen betroffenen Ländern, Hessen, Saarland, eine Initiative im Bundesrat zu konzipieren, wodurch das Bundesministerium für Verkehr aufgefordert wird, über Möglichkeiten zur Minderung dieser Belastungen zu berichten, um dann gegebenenfalls entsprechende Initiativen bei der ICAO zu unternehmen.

Das Problem des Treibstoffablasses über Rheinland-Pfalz verdient nach Ansicht der AfD-Fraktion weiterer eingehender Erörterung. Wir schlagen daher vor, dieses Thema im Herbst auf die Tagesordnung des Verkehrsausschusses zu setzen.

Ziel dieser Beratung sollte unter anderem sein, eine genaue Abschätzung der Emissionen zu erreichen und auch Möglichkeiten zu deren Messung zu erörtern. Darüber hinaus sollte auch die Problematik des Treibstoffablasses aus Flugzeugen in und mit unseren Nachbarländern besprochen werden. Wie stark sind sie betroffen? Wie beurteilen sie das Schadpotenzial? Welche Gegenmaßnahmen sehen sie als sinnvoll an?

Danke schön.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Weber.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass wir heute in der Aktuellen Debatte auf Antrag der SPD-Fraktion dieses Thema debattieren können. Wir haben schon in den Vorreden sehr gut hören können, dass ein aktueller Fall von 54 Tonnen Kerosinablass über dem Pfälzerwald der ausschlaggebende Punkt dieser Diskussion ist. In der Diskussion ist ebenfalls schon besprochen worden, dass gerade der Pfälzerwald ein großes Gebiet ist, das umweltpolitisch hervorragend für den rheinland-pfälzischen Umweltschutz eine gute Sache darstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte zwei weitere Aspekte in die Diskussion einbringen. Der Kollege von der AfD hat schon vom Verkehrsausschuss gesprochen. Als Vorsitzender des Umweltausschusses meine ich, dass es vielleicht auch dort ein Thema wäre, über diesen Kerosinablass in Rheinland-Pfalz zu reden. Wenn jetzt das neue Gutachten nach 25 Jahren 2018 vorliegt, habe ich vielleicht noch eine Anregung von meiner Seite. Wir haben mehrere Flugplätze in Rheinland-Pfalz. Ich erwähne einmal den Flugplatz Spangdahlem. Wir haben aber auch im Nachbarbundesland den größten Flugplatz in Deutschland, bei dem die Zuwegung, also die Flugroute, über die Stadt Mainz bzw. über Rheinland-Pfalz erfolgt. Man sollte diese Gesichtspunkte einfach mit einfließen lassen, um für Rheinland-Pfalz die Thematik zu erörtern.

Ich glaube, es ist unbestritten, dass in Notsituationen dieses Vorgehen gemacht werden muss, aber ich denke, in der heutigen Zeit, nach 25 Jahren seit dem letzten Gutachten, hat es vielleicht auch Weiterentwicklungen in der Technik bzw. in der Methodik gegeben. Wir sollten an dem Thema einfach dranbleiben und das auch im Umweltausschuss thematisieren. Wenn das Gutachten 2018 vorliegt, sollte wir dies hier noch einmal in diesem Kreis im Plenum diskutieren können, welche Möglichkeiten technischer Art es gibt bzw. wie der Umwelt, dem Pfälzerwald, dem Wald insgesamt und der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz weiter geholfen werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Hartenfels.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich das Parlament mit dieser Problematik und diesen Fragestellungen beschäftigt, weil es viele Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz gibt, die zu Recht besorgt sind. Es geht

hier nicht nur um meine Region, den Pfälzerwald, um Ramstein, sondern es geht auch um Spangdahlem und Teile der Eifel. Es geht also um viele Regionen in Rheinland-Pfalz, die von diesen Kerosinablassungen betroffen sind, die in größter Höhe stattfinden. Die Datenlage ist leider relativ bescheiden. Darauf haben meinen Kolleginnen und Kollegen schon hingewiesen. Dank einer Kleinen Anfrage der grünen Bundestagsfraktion vom Oktober 2016 haben wir ein wenig Datenmaterial, das wir hier präsentieren können. Drei Aspekte aus dieser Kleinen Anfrage und aus der Antwort der Bundesregierung will ich herausgreifen.

Zum einen wissen wir in etwa, was an Treibstoffmenge seit 2010 bundesweit über diese Ablasserichtungen runtergekommen ist. Das sind bei der zivilen Luftfahrt etwa 3.300 Tonnen seit 2010 bundesweit. Dazu kommen von der militärischen Luftfahrt noch 220 Tonnen dazu. Ob es dann noch eine Dunkelziffer gibt, sei einmal dahingestellt. Es sind auf jeden Fall enorme Mengen, und ein großer Teil geht über dem Land Rheinland-Pfalz herunter. Von daher macht es Sinn, dass wir uns in diesem Gremium ausführlich damit beschäftigen.

Ein zweiter Aspekt wurde auch schon angesprochen, der, wie ich glaube, auch wichtig ist. Die Gutachtenlage, um das Gefahrenpotenzial beurteilen zu können und auch den Gefährdungspfad gut benennen zu können, ist – ich drücke es vorsichtig aus – relativ dünn gesät. Sie ist zum Teil auch ziemlich in die Jahre gekommen. Die Kollegin Frau Gansster hat schon auf das sehr alte Gutachten von Anfang der 90er-Jahre hingewiesen, auf das die Bundesregierung zurückgreifen musste. Also auch hier haben wir dringenden Nachholbedarf, wenn wir mit den Bürgerinnen und Bürgern ein vernünftiges Gespräch vor Ort führen wollen.

Ein dritter Aspekt ist mir wichtig. Das hat etwas mit der Problematik dieser Ablassungen in hohen Luftschichten zu tun. Es ist natürlich ganz schwierig, das messtechnisch überhaupt erfassen zu wollen. Diese Ablassereignisse finden in großen Höhen statt. Sie passieren unvorbereitet – natürlich nur in Notsituationen –, bei hohen Geschwindigkeiten und weit verteilt bezogen auf die Räume, in denen das passiert. Insofern ist es natürlich schwierig, das überhaupt über ein Messstellennetz zu erfassen. Diese Grundproblematik wird auch losgelöst von dem Gutachten weiterhin bestehen bleiben.

Das heißt: Welche Perspektiven können wir heute aus dem politischen Raum heraus entwickeln, die Sinn machen? – Das ist einmal natürlich, bei den wissenschaftlichen Gutachten auf einer Aktualisierung, auf einem Update, zu bestehen, damit das Gefährdungspotenzial neu bewertet werden kann. Ich bin froh, dass unsere Umweltministerin bei der letzten Umweltministerkonferenz – auch das wurde angesprochen – im Mai einen Initiativantrag von Rheinland-Pfalz mit genau dieser Stoßrichtung eingebracht hat zu sagen, wir erwarten von der Bundesregierung, dass wir dort neuere Gutachten und eine neuere Bewertung bekommen, weil dort auch die Fachexpertise beim Bundesumweltamt sitzt. Es wurde auch schon gesagt, das sollte bis Ende 2018 vorliegen, damit wir dann auf der Grundlage hier neu diskutieren können, was inhaltlich an der einen oder anderen Schlussfolgerung gezogen werden kann vor dem Hintergrund der Grundproblematik, dass es sich hier

immer um Notfälle handelt und man da natürlich nur einen eng begrenzten Spielraum hat, um überhaupt etwas zu tun.

Deswegen ist für mich heute auch eine wichtigere Erkenntnis, dass das Ablassen dieses Kerosins noch einmal deutlich macht, dass diese Umweltbelastungen sehr vielfältig sind, sie oft unsichtbar daherkommen und das Kerosin nur beispielhaft für viele andere, weitere Umweltbelastungen steht, die wir hier haben. Ich möchte nur an die Stickoxidbelastungen in unseren Städten denken, ob nun Koblenz, Mainz oder auch Ludwigshafen. Überall reißen wir die EU-Grenzwerte in diesen Bereichen in diesen Städten. Das sind Belastungen, die tagtäglich auf die Bürgerinnen und Bürger einwirken, die europaweit betrachtet auch immer wieder zu hohen Todeszahlen führen. Wir haben es also mit vielfältigen Umweltbelastungen zu tun.

Ich könnte auch die Nitratbelastung in unserem Grundwasserkörper benennen. Auch hier stehen wir vor großen Herausforderungen, zum Teil auch wieder in die Sanierung zu gehen. Dazu brauchen wir intensive Messnetze und Betreuungen. Wir haben das Themenfeld „Mikroplastik“ natürlich – ein ganz junges und neues Themenfeld – in den Flüssen und Gewässern. Da wissen wir noch nicht genau, wie wir das erfassen können und welche Maßnahmen ergriffen werden müssten, damit wir nicht letztlich als Endlager Mensch auch von diesen Umweltbelastungen mit betroffen sind.

Last but not least möchte ich auch auf die Pestizidbelastungen – wenn ich an die Landwirtschaft denke, Stichwort „Glyphosat“ – aufmerksam machen. Man kann jetzt geteilter Meinung sein, wie gefährlich oder ungefährlich das ist, aber Fakt ist einfach, letztlich landet auch dieser Wirkstoff im menschlichen Körper. Auch das ist über viele Gutachten inzwischen belegt und dokumentiert. Worauf ich hinaus will, eine wichtige Erkenntnis auch aus der heutigen Debatte ist, wir brauchen eine schlagkräftige Umweltverwaltung, die auch in Zeiten der Schuldenbremse gut aufgestellt ist, damit nicht, wenn das Kind dann später in den Brunnen gefallen ist, die Bürgerinnen und Bürger zu Recht sagen: Wir haben doch bestimmte Standards, die eingehalten werden sollen. Die müssen natürlich belegt sein.

(Glocke der Präsidentin)

Die müssen auch gesichert sein, und sie müssen zur Not dann auch korrigiert werden. – Vor diesem Hintergrund war es eine gute Debatte heute. Ich hoffe, wir ziehen die richtigen Schlüsse daraus.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Wissing.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der

Landtag befasst sich aus aktuellem Anlass mit einem Thema mit möglicher Relevanz für die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz. Vor einigen Wochen, am 15. Mai, hat der Pilot einer kanadischen Zivilmaschine 54 Tonnen Kerosin über der Westpfalz abgelassen, weil die Boeing wegen eines Hydraulikschadens zurück nach Frankfurt fliegen musste. Wie wir aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag – Drucksache 18/9917 – aus dem Jahr 2016 wissen, wurden in den vergangenen Jahren von zivilen und militärischen Luftfahrzeugen große Mengen an Kerosin über Rheinland-Pfalz abgelassen. Die Summierung derartiger Vorfälle ist besorgniserregend und gibt Anlass zu weiteren Untersuchungen und Bewertungen auf Basis neuester Erkenntnisse.

Die Landesregierung hatte die Bundesregierung daher um eine Stellungnahme zu den Vorfällen gebeten. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat der Landesregierung im Hinblick auf das betroffene Gebiet Pfalz mitgeteilt, dass die Angabe des betroffenen Gebiets Pfalz in der Antwort auf die Kleine Anfrage, in der für den Bereich des militärischen Luftverkehrs ein erheblicher Treibstoffablass von 34,5 Tonnen im Jahr 2013 genannt worden war, nur als grobe geografische Zuordnung für statistische Zwecke diene.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ja, die sind
wieder ganz nah dran!)

Es sei zu beachten, dass ein Treibstoffschnellablass nicht punktuell stattfindet, sondern Luftfahrzeuge – sofern erforderlich – Treibstoff in einem großflächigen Gebiet ablassen. Aufgrund der weiträumigen Flugbewegungen der Luftfahrzeuge während eines Treibstoffschnellablasses könne sich die Angabe „Gebiet Pfalz“ unter Umständen auf das Gebiet südwestlich von Mainz bis Frankreich, das Saarland und die Eifel beziehen.

Für Luftfahrzeuge, die sich in einer Notlage befinden und Treibstoff ablassen müssen, erfülle jedes nahe gelegene Gebiet mit einer eher geringen Besiedlung und einer niedrigen Flugverkehrsdichte die Voraussetzungen, als Gebiet für Treibstoffschnellablässe zugewiesen werden zu können.

Lassen Sie mich als Verkehrsminister kurz die Rechtslage aufzeigen. Die Landesregierung hat keine Kompetenzen hinsichtlich der Verfahrensweise und der Praxis beim Ablassen von Treibstoff über Rheinland-Pfalz. Eine Verpflichtung der zuständigen Behörden, die Landesregierung über das Ablassen von Treibstoff durch zivile und militärische Luftfahrzeuge zu unterrichten, besteht ebenfalls nicht. Der Landesregierung liegen daher über das Ablassen von Treibstoff durch in Notlagen geratene zivile Luftfahrzeuge über unserem Land und durch das Ablassen von Kerosin durch militärische Luftfahrzeuge über die Angaben der Bundesregierung im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage hinaus keinerlei eigene Erkenntnisse vor. Meine Damen und Herren, dieser Zustand ist nicht akzeptabel.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Timo
Böhme, AfD)

Im Interesse der Bewohner dieses Bundeslandes ist dringend Aufklärung über die gesundheitliche Gefährdung des sogenannten „fuel dumping“ geboten. Flugbenzin enthält neben verschiedenen Kohlenwasserstoffen auch Benzol und Aditive. Obwohl die im Rahmen der rheinland-pfälzischen Luftqualitätsüberwachung an insgesamt 20 Messpunkten durchgeführten Messungen von Benzol – unter anderem auch im Pfälzerwald – bislang keine Überschreitungen des EU-Luftqualitätsgrenzwerts aufweisen, forderte Toxikologe Bernd Kaina von der Universität Mainz Benzolmessungen, um Gefährdungen für die Bevölkerung auszuschließen.

Die Bundesregierung bezieht sich in ihrer Antwort auf eine Anfrage aus dem Bundestag auf ein 20 Jahre altes Gutachten des TÜV Rheinland. Wir halten auch das für nicht hinnehmbar. Vor diesem Hintergrund hat die Umweltministerkonferenz auf Anregung der rheinland-pfälzischen Umweltministerin, meiner Kollegin Höfken, Anfang Mai ein neues Gutachten zu diesem Thema angefordert. Das Gutachten soll aktuelle Daten liefern, damit eine bessere wissenschaftliche Grundlage für Untersuchungen und Bewertungen möglicher gesundheitlicher Risiken für die Bevölkerung vorliegt.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung alles in ihrer Kraft Stehende veranlassen wird, um hier für Klarheit zu sorgen.

Herr Kollege, Sie haben den Vorschlag gemacht, wir sollen das dokumentieren, wie viel genau abgelassen wird. Das ist uns aufgrund der rechtlichen Situation nicht möglich. Wir haben keine Informationen. Es gibt nichts, was wir dokumentieren könnten, aber wir haben im Interesse der Bevölkerung unseres Bundeslandes einen Auskunftsanspruch. Wir wollen Klarheit über die gesundheitlichen Risiken. Wir wollen auch Klarheit über die Mengen, die abgelassen werden. Selbstverständlich wird die Landesregierung den Landtag gern unterrichten, sobald eine Rückäußerung der Bundesregierung vorliegt, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schweitzer.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich möchte noch einmal die Gelegenheit ergreifen, darauf hinzuweisen, dass ich zunächst einmal sehr froh darüber bin, dass wir bei einem solchen Thema doch eine übergreifende Wahrnehmung haben, dass sich das nicht einfach von allein erledigt, sondern es einer erhöhten und auch höheren Aufmerksamkeit der Politik auf allen Ebenen bedarf.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass der Begriff der Pfalz zumindest aus Sicht der Luftverkehrswirtschaft sehr, sehr weit gedehnt ist, also auch Bereiche der Nachbarregionen umfasst, dass wir in Rheinland-Pfalz aber eine große Betroffenheit haben entlang der militärischen Flughäfen. Ich nenne Spangdahlem in der Eifel, ich nenne

Ramstein, ich nenne aber natürlich auch die in unseren Nachbarregionen befindlichen großen Zivilflughäfen, natürlich Frankfurt am Main. Wer von uns kann heute wissen, ob es nicht auch bei dem starken Flughafen in Stuttgart Auswirkungen bis hin auf die südpfälzische und pfälzische Region gibt?

Die Frage, wer etwas weiß, ist für mich die treibende Frage in dieser ganzen Debatte. Ich finde, das ist genau der Punkt, an dem wir besser werden müssen, auch mit Blick auf die Verantwortung auf Bundesebene.

Liebe Frau Kollegin Ganster, Sie haben darauf hingewiesen, es gibt das Bundesumweltministerium, der Sitz einer sozialdemokratischen Ministerin. Das ist völlig richtig. Ich will jetzt gar nicht damit kontern, im Bundesverkehrsministerium sitzt jemand von der CSU. Das ist gar nicht mein Spiel. Wissen Sie, worum es mir geht? Mir geht es darum, dass wir nicht mehr in den Regionen unterwegs sind und nicht wissen, was über unseren Köpfen passiert.

(Abg. Martin Haller, SPD: So ist es!)

Dort müssen wir besser werden. Wir brauchen verlässliche Informationen. Ich bin froh, dass ein Gutachten in Aussicht gestellt ist. 2018 ist avisiert. Ich habe nichts dagegen, wenn es früher kommt und uns womöglich sogar schon in diesem Jahr erreicht.

Wir als SPD-Fraktion haben uns vorgenommen, an diesem Thema dranzubleiben und für eine verstärkte Information zu sorgen. Wir werden das Thema in die Ausschüsse tragen. Wir werden als Fraktion eine Anhörung zu diesem Thema machen. Das wird noch ein bisschen dauern, weil wir uns gut darauf vorbereiten wollen. Wir werden die Betroffenen aus den Gebieten in Rheinland-Pfalz dazu einladen, auch die Bürgerinitiativen. Wir wollen, dass dieses Thema stärker in die Aufmerksamkeit der allgemeinen Öffentlichkeit kommt.

(Glocke der Präsidentin)

Dies ist nämlich die Voraussetzung dafür, dass sich etwas zum Besseren wendet.

Frau Ganster, Sie haben die Frage der Alternative gestellt. Ich kann sie Ihnen heute nicht beantworten, aber wissen Sie, zu dieser Frage hätten wir wahrscheinlich bei den Bereichen Kfz, Nutzfahrzeuge, Zug und Lärmemission wahrscheinlich vor zehn Jahren auch schon gehört: Wo ist die Alternative? – Heute kennen wir Alternativen, weil der Druck erhöht wurde und sich dann technologische Entwicklungen hin zu Alternativen entwickelt haben.

(Glocke der Präsidentin)

Warum sollte es hier anders sein? Wir wollen auch diesen Druck erhöhen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

(Glocke der Präsidentin)

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Billen.

Abg. Michael Billen, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schweitzer, wir helfen gern in der Bundesregierung, dass es ein Gutachten gibt, gar keine Frage. Wir helfen auch gern, wenn Sie sagen, der Bundesverkehrsminister muss auch noch ein bisschen helfen. Dann werden wir gern helfen, mit ihm zu reden.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist gut!)

Die entscheidende Frage haben Sie aber in den ersten fünf Minuten Ihrer Rede ein Stück weit ausgeklammert. Ich bin Herrn Kollegen Hartloff zuerst einmal dankbar, nein, Hartenfels – – –

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Dem Kollegen Hartloff können Sie auch dankbar sein!)

– Ja, den gibt es auch, aber er hat nicht geredet. Ihm werde ich vielleicht auch gleich dankbar sein, wenn er nickt.

Ich bin ihm dankbar, dass er den Begriff „Pfalz“ ein bisschen ausgeweitet hat. Es ist doch gar keine Frage: Wenn Sie in Frankfurt landen und eine Ehrenrunde drehen müssen, dann drehen Sie diese ohne Probleme weit über Bitburg hinaus bis an die belgische Grenze. Insofern ist das auch bei Notablässen, für die es im Moment keine technische Alternative gibt, genauso.

Die entscheidende Frage ist: Wie hoch sind sie? Verdampft es, oder kommt es am Boden an? Nach dem Gutachten, das es gibt, verdampft es. Es kommt nichts am Boden an. Sie haben aber recht, wir wollen wissen, ob am Boden etwas ankommt.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Wir wollen auch wissen, was noch in der Luft bleibt. Auch das wäre nicht ganz unwichtig.

Wobei wir immer wieder sagen müssen, das liegt ganz klar in der Bundeszuständigkeit. Herr Dr. Wissing, Sie haben recht, wenn der Bund keine Auskunft gibt, müssen wir ihn dazu zwingen, dass er uns Auskunft gibt.

(Vereinzelt Beifall bei CDU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben ein Recht dazu, Auskunft zu bekommen. Das ist doch gar keine Frage. Alles andere bekommen wir schließlich auch erzählt. Wir bekommen etwas über jede Messstation für Nitrat erzählt. Alles andere bekommen wir auch erzählt. Das ist auch kein Geheimnis.

Das ist das Problem der Politik. Wenn man etwas zu einem Geheimnis macht und so tut, als hätte man etwas zu verbergen, bekommt man ein Problem. Es geht also um offene Auskunft. Nach jetzigem Stand heißt es, es kommt nichts unten an.

Wir werden es dann erfahren. Ich bin Ihrer Meinung. Ich weiß nicht, warum man noch eineinhalb Jahre für ein Gutachten braucht. Ich denke, die Gebiete, in denen Kerosin abgelassen wird, sind klar. Das Messen kann doch nicht so schwierig sein. Eine Bodenprobe dauert 14 Tage, Herr Kollege Weber. Dann haben wir aber das genaue Ergebnis.

(Glocke der Präsidentin)

Dann haben wir nicht die grobe, sondern die feine Untersuchung gemacht.

Insofern werden wir gemeinsam für dieses Thema kämpfen.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN DEBATTE

EU-Kommission fordert europaweit einheitliches Pkw-Mautsystem: Gemeinsam in Europa oder deutscher Sonderweg?
auf Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/3311 –

Es spricht Herr Kollege Wink.

Abg. Steven Wink, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Wochen hat die EU-Kommission am 31. Mai 2017 das Konzept „Europa in Bewegung“ vorgelegt. In diesem kündigte die Kommission an, bis zum Jahr 2027 ein europaweites einheitliches Mautsystem einführen zu wollen. Die Verkehrskommissarin Bulc will bis zum Jahr 2019 einen gemeinsamen Konsens finden.

Gleichzeitig hat Bundesverkehrsminister Dobrindt angekündigt, an dem von ihm geplanten Vignettensystem festzuhalten, und das Ausschreibungsverfahren für den Betrieb des analogen deutschen Mautsystems gestartet.

Das Ziel des Bundesverkehrsministers ist es, die Maut im Jahr 2019 starten zu lassen. Das sture Festhalten an dem Vignettenplan und das Ignorieren der Vorschläge der Kommission wird mit großer Sicherheit dazu führen, dass die deutsche Pkw-Maut bereits wenige Jahre nach ihrer kostspieligen und aufwendigen Einführung wieder hinfällig ist. Nachhaltiges und vorausschauendes politisches Handeln sieht in diesem Bereich anders aus.

Um es konkret zu machen: Der Bürger soll künftig nicht nur für die Nutzung von Autobahnen zahlen, nein, er wird

kräftig zur Kasse gebeten. Weniger Einnahmen als geplant minus administrativen Aufwand minus Kfz-Steuer-Verrechnung minus Steuerverluste in den Grenzregionen durch Wegfall von Tagesgästen im Tourismus und Handel minus doppelte Einführungskosten: Ich frage mich, was von dieser Maut noch hängenbleiben soll.

(Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben darüber gesprochen, wie einmalig und notwendig zugleich die europäische Integration ist. Harmonisierung von Märkten, Regeln und Standards haben unseren Kontinent zu einem Ort der Prosperität gemacht. Wir haben stets gut daran getan, auf nationale Alleingänge zu verzichten.

Nun, da es um das konkrete Ausfüllen und Leben dieser Werte geht, ignoriert der Bundesverkehrsminister die Vorschläge der EU und hält stur an seinem Modell fest. Er beschreitet somit einen deutschen Sonderweg. Auch gelebte europäische Integration sieht in diesem Bereich anders aus.

Deshalb haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern in der Vergangenheit des Öfteren auf die schädliche Auswirkung der Pkw-Maut hingewiesen. Vor allem unsere grenznahen Regionen, die stark auf den Tagestourismus aus dem europäischen Ausland angewiesen sind, werden aufgrund der Maut und der damit verbundenen Verringerung der Anzahl der Tagesgäste einen massiven wirtschaftlichen Schaden erleiden.

Während wir in Rheinland-Pfalz mit der Enquete-Kommission Tourismus und der Entwicklung der Tourismusstrategie 2025 daran arbeiten, unser Land für Gäste und Touristen aus dem Ausland noch attraktiver zu machen, verlangt der Bundesverkehrsminister ein Eintrittsgeld für unser Land und erhebt Wegezoll.

Deshalb bin ich dem rheinland-pfälzischen Verkehrsminister Dr. Volker Wissing und der Landesregierung sehr dankbar, dass sie im Bundesrat mehrfach konstruktive Vorschläge zur Pkw-Maut gemacht haben. Dieses Vorgehen wurde von zahlreichen Interessenvertretern als positiv bewertet: IHK, HWK und auch der DGB, um nur einige wenige zu nennen. – Leider wurden die Anregungen in Berlin stets abgelehnt.

Weil unser rheinland-pfälzischer Verkehrsminister in der Vergangenheit der letzten Monate so oft als Ankündigungsminister betitelt wurde, erlauben Sie mir ein Zitat: „Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben.“ Dies sagte nämlich die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende damals kurz vor der Bundestagswahl, als sie mit Peer Steinbrück in der Diskussion stand. Diese Aussage und das Thema der Aktuellen Debatte könnte man als Indikator für die Halbwertszeit von Wahlversprechen der CDU benutzen.

(Zuruf der Abg. Elfriede Meurer, CDU)

Alles in allem lehnen wir deshalb nicht nur die Maut an sich ab, sondern auch einen deutschen Sonderweg.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Oster.

Abg. Benedikt Oster, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema „Pkw-Maut“ hat uns im Parlament in der letzten und auch in dieser Legislaturperiode bereits mehrfach beschäftigt. Ich möchte heute einmal ganz anders beginnen, nämlich mit zwei Zitaten.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Mal etwas anderes!)

Das erste Zitat ist vom 1. September 2013. Ich glaube, alle, die sich ein bisschen mit der Pkw-Maut beschäftigen, werden direkt wissen, was ich meine, nämlich den Satz, „Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben“, so damals die Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Jetzt könnte man meinen, es ist Ironie. Es war auf den Tag genau ein Jahr später, nämlich am 1. September 2014, ich zitiere wieder unsere Bundeskanzlerin, diesmal mit einem anderen Satz: „Um es ganz klar zu sagen: Sie“ – die Maut – „steht im Koalitionsvertrag, und sie wird kommen.“

Wir dürfen in diesem Haus gewisse Worte nicht in den Mund nehmen.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Das ist euch total fremd, vor und nach der Wahl!)

Die Presse jedoch darf diese Worte in den Mund nehmen und betitelte es damals als „die Mautlüge“.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Die SPD hat doch zugestimmt!)

Wenn eines in dieser Debatte klar feststeht, dann, dass die Kanzlerin Wortbruch begangen hat, um das Prestigeobjekt der kleinen Schwesterpartei abzunicken.

Die Pläne von Verkehrsminister Dobrindt sind und bleiben europafeindlich und tragen dazu bei, dass jedes Land am Ende wieder in Grenzregionen denkt und eigene Mautzonen einführt. Das ist zu kurz gedacht und wird dem europäischen Sinn nicht gerecht.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Die Medien schreiben unisono von einem Bürokratiemonster, welches einen immensen Personalaufwand mit sich bringt, der heute schon abzusehen ist. Am Anfang hieß es, das soll über 600 Millionen Euro in die Kassen spülen. Dann sprach man von 500 Millionen Euro. Mittlerweile ist zu lesen, wenn alles gut läuft, bekommen wir noch 200 Millionen Euro durch die Pkw-Maut in die Kassen.

Aktuell wird unser Bundesfinanzminister dazu etwas deutlicher. Wolfgang Schäuble rechnet nun sogar damit, dass

Dobrindts Mautpläne mittelfristig zu Mindereinnahmen im Haushalt führen und weit weg von Mehreinnahmen sein werden.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD:
Unglaublich!)

Dies ist festzuhalten. Wenn der Bundesfinanzminister das schon sagt, soll das etwas heißen.

Nun komme ich zu den Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz. Was bedeutet das für uns? Der Kollege hat es schon angesprochen. Wir dürfen es nicht riskieren, dass in den Grenzregionen der Pendlerverkehr aus den Nachbarstaaten zurückgeht und die Besucherzahlen abnehmen. Wir sind unabdingbar auf diesen Wirtschaftsaustausch angewiesen.

Alle Wirtschaftsverbände schlagen Alarm und warnen vor großen Rückgängen. Unsere rheinland-pfälzische Initiative im Bundesrat – es wurde angesprochen –, zumindest mautfreie Korridore einzuführen, wurde auch nicht angenommen. Die EU dagegen hält unsere Pläne für sinnvoll und will sie voranbringen. Man sieht, hier wird stur gegen die Interessen der Allgemeinheit gekämpft. Das ist nicht zielführend.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Negativschlagzeilen zur Pkw-Maut reißen gar nicht mehr ab, Stichwort „Datenschutz“, ganz aktuell. Es hieß immer, die Kameraaufzeichnungen würden nur zu Abrechnungszwecken genutzt werden. Zwischenzeitlich wissen wir, auch hier wurde uns nicht die volle Wahrheit gesagt. Der Datenschutz wird anscheinend nicht großgeschrieben.

Man konnte es heute noch einmal lesen: Dankenswerterweise hat sich unser rheinland-pfälzischer Justizminister Herbert Mertin in die Debatte eingeschaltet und interveniert. – Man kann nur sagen: Gott sei Dank! –

Lassen Sie mich noch einige Sätze zur täglichen Praxis sagen. Was wird diese Pkw-Maut für uns in Rheinland-Pfalz bedeuten? Ich habe es schon einmal gesagt, Verkehrspolitik muss im Ganzen und im Großen gedacht werden. Sollten diese Pläne von heute auf morgen umgesetzt werden, würde es zu starken Belastungen auf Bundesstraßen, Landstraßen und Kreisstraßen kommen. Die Menschen würden die Autobahn verlassen. Mehr Verkehr würde in Städte und Ortschaften kommen. Das kann doch wohl nicht ernsthaft im Interesse von uns allen sein.

Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe, und bringe es noch einmal auf den Punkt: Wir stehen klar hinter der EU-Kommission und befürworten, wenn überhaupt, nur ein europäisches Mautsystem. Eine Dobrindt-Maut ist nichts anderes als Kirchturmdenken und führt zur Ungleichbehandlung innerhalb von Europa.

Ich bleibe bei dem Satz, den ich in der letzten Debatte schon gesagt habe: Diese Pkw-Maut ist reiner Murks von A bis Z.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und bei FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Baldauf.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder faszinierend, wenn man mit Reden beginnt und Zitate aus Zeiten vor der letzten Bundestagswahl ausgräbt, nämlich vom 1. September 2013 von Frau Merkel,

(Abg. Alexander Fuhr, SPD: Aber gesagt
hat sie es ja!)

dann Frau Merkel zitiert, dass sie sich an den Koalitionsvertrag hält und dies in diesem Hause mit dieser großen Verve macht. Wenn ich mich daran erinnere, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht,

(Beifall der Abg. Julia Klöckner, Christine
Schneider und Gordon Schnieder, CDU)

ist der Pensionsfonds das einzig Seligmachende. Im Koalitionsvertrag steht, die Energieagentur ist das einzig Seligmachende.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wo steht
das? Haben Sie eine Sonderedition des
Koalitionsvertrags?)

Da stand im Wahlprogramm der FDP aber noch etwas anderes.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt ein Wahlprogramm der FDP, in dem steht: Ich mache den Haushalt. – Da haben wir doch jetzt etwas ganz anderes. Herr Kollege, ich könnte Ihnen ganz viele weitere Beispiele nennen, auch vor Ihrer Zeit. Es gab in diesem Hause auch schon die Aussage, der Nürburgring wird niemanden finanziell belasten.

(Beifall bei der CDU –
Heiterkeit bei der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb sollten wir einfach auf das zurückkommen, über was wir heute reden, auch wenn man sich die Frage stellen darf, warum man daraus eine Aktuelle Debatte macht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht braucht man noch etwas für den Wahlkampf, weil Tatsache ist, dass es überhaupt keinen Streit mehr zwischen der EU und Herrn Dobrindt gibt. Wo ist denn dieser Streit? Haben Sie das einmal durchgelesen? Was steht denn da drin? Sie werden es mir nachher erklären.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Nummer 1: Man hat sich geeinigt, es kommt ab 2027 und für Lkw ab 2023 eine europaweite Regelung. – Ja, das finden wir alle sehr gut, anders kann es auch nicht sein. Gibt es irgendjemanden, der dagegen ist? – Nein.

(Zuruf des Abg. Thomas Roth, FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was passiert aber zwischen 2019 und 2027? Darf man dann nicht ernsthaft einmal auch in diesem Hause darüber nachdenken, ob man für diesen Zeitkorridor eine Regelung einführt, die im Übrigen in Österreich, in Frankreich, in vielen anderen Ländern

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Italien, Tschechien!)

gang und gäbe ist, die von der EU als Pauschale abgelehnt wird, aber erst ab 2027, um uns Einnahmen zu bringen. Ich bin verwundert, welche Glaskugeln Sie alle daheim haben.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Da kommt kein Geld herein; da wird sich nichts an Mehrwert ergeben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, belastbar ist – das ist so, und das hat die EU auch selbst in dem sogenannten Vergleich mit Herrn Dobrindt festgestellt –, es werden summa summarum 500 Millionen Euro für den Zeitraum 2019 bis 2027 mehr in die Kassen hineinkommen. Sehr geehrter Herr Minister, – ich gehe davon aus, Sie werden nachher dazu reden –, dann hätte ich gern von Ihnen die Antwort, ob Sie auf dieses Geld auch in Rheinland-Pfalz verzichten wollen, wo Sie doch im Moment gerade die große Chance haben, mit vielen Baustellen durch Bundesgeld einiges zu bewegen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Dann möchte ich nur noch einmal festhalten, weil das auch immer so im Raum steht, diese Maut – auch für diejenigen, die auf der Zuschauertribüne sind – wird immer so dargestellt, als wenn sie eine zusätzliche Belastung wäre. Was Herr Dobrindt vorstellt, ist aber nicht im Kern so, sondern sie soll für alle inländischen Fahrzeuge mit der Kfz-Steuer verrechnet werden.

Dann werden noch einmal zwei Regeln eingeführt, auf die die EU Wert gelegt hat. Sie hat gesagt, keine Pauschalierung, sondern es geht nach dem Hubraum, das heißt, wer ein dickes, großes Auto fährt, ist natürlich mit mehr dabei als einer mit einem kleineren. Es geht auch nach der Umweltfreundlichkeit. Das möchte ich deshalb an dieser Stelle betonen, weil dieses Programm genau dazu führen wird, dass wir uns alle darauf fokussieren werden, im Zweifel auch mit Fahrzeugen unterwegs zu sein, die umweltfreundlicher sind und vielleicht etwas weniger verbrauchen. Damit tut man mit der Maut genau das, was man tun muss: Man geht in der Umweltverträglichkeit einige Schritte nach vorn. –

(Beifall der CDU)

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch eines sagen. Es heißt sich, wenn man im Vortrag hört, die Landesregierung hätte gut verhandelt, aber in Wirklichkeit hören wir dann, man ist eigentlich dagegen. Was sind Sie denn jetzt? Auf Bundesebene regiert die SPD mit uns in der Großen Koalition, und man hört viele Stimmen auch von Wirtschaftsleuten aus dem Bereich der SPD, die sogar ich kenne, die sagen,

so falsch ist die Überlegung bis 2027 nicht.

(Abg. Martin Haller, SPD: Immer diese Zitate!)

– Herr Kollege, es ist kein Zitat, ich kann Ihnen diese alle nächste Woche beim Sommerfest vorstellen. Das kann gern passieren.

Ich will Ihnen nur eines dazu sagen. Warum soll man sich für diese Phase nicht ernsthaft Dinge überlegen können, die uns mehr Geld – das wiederholt sich zu dem, was ich vorher gesagt habe – in unseren Verkehrsetat bringen? Wir werden doch alle konstatieren müssen, dass die Infrastruktur im Moment nicht nur in Rheinland-Pfalz – in anderen Bundesländern auch, aber vor allem in Rheinland-Pfalz, weil fünf Jahre gar nichts gemacht wurde – weit hinten ansteht. Deshalb stellt jeder Euro, der hier zur Verfügung gestellt wird, einen Mehrwert dar

(Glocke der Präsidentin)

für die Sicherung von Arbeitsplätzen, von Unternehmen, für die Infrastruktur insgesamt und für unser Wohlbefinden. Deshalb geben Sie sich einen Ruck, und sehen Sie nicht immer alles so negativ, und erzählen Sie den Menschen nicht, dass es Mehrbelastungen wären, wenn das nicht stimmt.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Unruhe bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Ahnemüller.

Abg. Jens Ahnemüller, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Position der AfD zur Pkw-Maut hat sich nicht geändert. Sie lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Freie Fahrt für freie Bürger.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, ich sage es mit leicht angeschwollenem Hals: Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum wir diese Debatte überhaupt führen. – Gehört nicht die angeblich gewonnene Freizügigkeit zu den vordringlichsten, um nicht zu sagen wenigen Errungenschaften der Europäischen Union?

Nun seien wir doch einmal ganz ehrlich. Eine bezahlte Freizügigkeit ist keine Freizügigkeit. Nein, eine einheitliche finanzielle Fortbewegungsstrafe ist mit Sicherheit nicht das, was die Gründerväter der Europäischen Union im Sinn hatten. Der erste Präsident von Frankreichs Fünfter Republik, General Charles de Gaulle, hatte die Vision eines Europas der freien Vaterländer.

(Beifall der AfD)

Es ist beschämend, dass ausgerechnet die bürokratische, zentralistische Frankreich-Kopie namens Europäische Uni-

on das Gegenteil des großen Generals und Staatsmannes im Sinn hat, nämlich die Verteuerung des Reisens und somit die Erschwerung von Austausch und Völkerverständigung.

(Beifall der AfD)

Nun ist es bittere Realität, dass einige unserer Nachbarländer und unserer amtierende Regierung die Vision einer offenen, paneuropäischen Straße nicht teilen und längst Maut kassieren oder kassieren wollen. Genau hier aber könnte doch demokratische, europafreundliche Politik ansetzen. Warum setzt sich die EU-Kommission nicht für eine Beseitigung jeglicher Mauten in Europa ein?

(Beifall der AfD)

Wenn wir schon in den sauren Apfel beißen und diese supranationale Gängelung hinnehmen müssen,

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

dann fordern wir Gerechtigkeit. Der deutsche Autofahrer darf nicht durch Maut und Kfz-Steuer und Mineralölsteuer und Ökosteuern und was weiß ich noch für Steuern und Abgaben mehrfach belastet und somit gegenüber anderen Autofahrern benachteiligt werden.

(Beifall der AfD –

Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Die zweitbeste Lösung wäre eine Verständigung auf die niedrigste Streckenmaut Europas bei gleichzeitiger völliger Streichung aller deutschen diskriminierenden Sondersteuern auf Kraftfahrzeuge und Benzinverbrennung.

(Heiterkeit der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Verkehrsminister, verehrte Mitglieder der Landesregierung, die AfD-Fraktion erwartet maximalen Widerstand gegen die Mehrfachbelastung des deutschen Autofahrers.

Danke.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Blatzheim-Roegler.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der FDP dankbar für Ihre Aktuelle Debatte „EU-Kommission fordert europaweit einheitliches Pkw-Mautsystem: Gemeinsam in Europa oder deutscher Sonderweg?“;

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

denn tatsächlich haben wir hier schon öfter über die „Do-

brindt'sche Murks-Maut“ gesprochen. Die neue Entwicklung ist allerdings, dass die EU jetzt auch einen eigenen Vorschlag gemacht hat.

Ich will das Fazit direkt vorwegnehmen: Brüssel schlägt ein Mautmodell vor, dass an den CO₂-Ausstoß und die Entfernung gekoppelt ist und somit nicht mit deutschen Mautplänen vereinbar ist; denn das Mobilitätspaket, das die EU-Kommission am 31. Mai vorgestellt hat, enthält als ein Element die Organisation der Straßenmaut. Die Straßenmaut der EU soll nach gefahrenen Kilometern statt pauschal für einen Zeitraum bezahlt werden. Das ist der Knackpunkt. Die „Dobrindt-Maut“ arbeitet mit einem Zeitvignettensystem. Genau das soll nach EU-Plänen nicht die Grundlage sein. Das heißt, falls die unselige „Dobrindt-Maut“ nicht durch eine neue Bundesregierung wieder abgeschafft wird, dann wird die „Murks-Maut“, „Murks-Maut“ – – –

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und FDP)

– Ja, grau wie der Straßenbelag.

Dann wird die „Murks-Maut“ unter großem und auch finanziellen Aufwand eingeführt, und praktisch gleichzeitig wird ihr Abgesang schon angestimmt. Man kann in dem Moment, in dem man sie einführt, quasi mit der Abwicklung beginnen.

Wenn das Mautsystem in der EU einheitlich sein soll, richtet sich dieser Ansatz eindeutig gegen die geplante „Dobrindt-Maut“ in Deutschland, und es ist schon aberwitzig, dass Herr Dobrindt dem auch noch zugestimmt hat; denn die Bedingung der EU war: Die Zustimmung zu einer EU-weiten Maut, wenn Deutschland einen Sonderweg gehen will. – Dies beweist einmal mehr, dass es der CSU mit der Maut, die kein vernünftig Denkender und kein Ökonom will – auch nicht wirklich der Rest der Großen Koalition –, keineswegs um eine ökologisch sinnvolle Steuerungsmöglichkeit ging, sondern einzig um das populistische Versprechen, den deutschen Autofahrer zu schonen.

Die „Dobrindt-Maut“ ist allerdings, so wie sie gestrickt ist, eine Abzocke des deutschen Steuerzahlers. Die Maut an sich, die Vorschläge der EU sind durchaus ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, nämlich dass die CO₂-Emissionen, also auch der Kohlendioxidausstoß, reduziert werden. Das ist an sich eine richtige Idee, aber einen Pferdefuß hat auch das EU-Modell. Die Maut soll nämlich von den Ländern freiwillig mit Gebühren eingeführt werden, und das heißt, es wird in Europa einen neuen Flickenteppich geben. Auch für Lkw und andere Nutzfahrzeuge sollen die neuen Regeln schon ab 2023 gelten. Das befürworten wir absolut; denn man muss sehen, dass die Lkw, die Laster, nur 5 % aller Fahrzeuge ausmachen, aber sie verursachen 30 % aller Treibhausgase des Straßenverkehrs.

Noch ein Punkt: Die Erhebung der Lkw-Maut soll auch freiwillig sein, obwohl bisher nur 1 % der Straßen, aber 100 % des Schienennetzes bemaute sind, Stichwort „Trassenpreise“. Auch die ausgeklügelte Straßenmaut kann diese Ungerechtigkeit nicht aufheben.

Die Maut wird auch eines nicht lösen: Während in privaten

Haushalten, in der Industrie und bei der Energiegewinnung die Emissionen sinken, steigt der Schadstoffausstoß im Verkehr. In Deutschland gehen fast 20 % aller Treibhausgasemissionen vom Verkehrssektor aus. In unseren Städten sind es zum Teil sogar 70 %. Das wird auch durch eine Maut nicht wirklich beendet.

Die Maut, auch die ausstoß- und entfernungsabhängige, ist nur eine Krücke. Da kann es sogar noch passieren, dass der Vielfahrer im dicken Spritschlucker nachher noch meint, er tue etwas besonders Gutes für die Umwelt, wenn er möglichst viel fährt und möglichst hohe Mautbeiträge zahlt. Deshalb ist es richtig, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung zum einen die „Dobrindt-Maut“ abgelehnt hat, und deshalb ist es zum anderen auch richtig, dass die Landesregierung mit dem Ausbau der Schieneninfrastruktur, der Radwege und auch der Infrastruktur, was E-Mobilität angeht, einen zukunftsfähigen Weg eingeschlagen hat.

(Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, auch diesen Weg müssen wir weitergehen.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Dr. Wissing.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor drei Monaten hat die Bundesregierung das Infrastrukturabgabengesetz beschlossen, das zur Einführung einer Maut in Deutschland führen soll.

Danach hat die rheinland-pfälzische Landesregierung im Bundesrat den Widerstand der Länder mit Grenzen zu anderen europäischen Mitgliedstaaten gegen dieses Gesetz organisiert;

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

denn was wir brauchen, ist eine zeitgemäße, zukunftsorientierte, nutzerbasierte und europaweit funktionierende Verkehrsfinanzierung. Meine Damen und Herren, diese Maut ist das genaue Gegenteil davon.

(Beifall der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zunächst einmal läuft sie dem Ziel eines weiter zusammenwachsenden Europas entgegen, und sie errichtet wieder Schlagbäume an innereuropäischen Grenzen.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es offen gesagt für die Landesregierung eines

Bundeslandes, das sich als europäisches Bundesland be- greift, geradezu unerträglich, dass so etwas im politischen Sprachgebrauch auch noch als Ausländermaut bezeichnet und auch noch offen gesagt wird, dass sich diese Maut gegen unsere europäischen Nachbarn richtet. Ich finde das unerträglich, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Maut schadet der Wirtschaft in unseren Grenzregionen, insbesondere dem Einzelhandel und dem Gastgewerbe, weil Kundschaft aus Nachbarländern, die keinen Eintritt zahlen wollen, ausbleiben wird. Am besten wäre es gewesen, wenn der Bundestag dieses Gesetz niemals beschlossen hätte.

Inzwischen gibt es eine neue Entwicklung auf europäischer Ebene. Insofern beantwortet sich die Frage von Herrn Kollegen Baldauf, weshalb diese Thematik wieder aktuell ist. Die Europäische Kommission hat nämlich am 31. Mai ein Maßnahmenpaket „Europa in Bewegung“ vorgelegt. Sie will damit Mobilität und Verkehr in Europa modernisieren. Insbesondere enthält das Paket in einem Richtlinienvorschlag die längst überfälligen Spielregeln für ein europaweites Mautsystem.

Schon auf den ersten Blick erkennt man, der Vorschlag ist das glatte Gegenteil von dem, was der Bundestag als deutsche Infrastrukturabgabe beschlossen hat. Vielmehr umfasst er genau das, was die rheinland-pfälzische Landesregierung am 31. März in der entscheidenden Bundesratssitzung zum Infrastrukturabgabengesetz gefordert hat, nämlich ein elektronisches fahrleistungsabhängiges und grenzüberschreitend funktionierendes System für alle mautpflichtigen Verkehre.

Zwar fällt die Entscheidung, ob Gebühren erhoben werden, weiterhin in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Sollten sich die Mitgliedstaaten aber hierfür entscheiden, schlägt die Kommission in ihrem Richtlinienvorschlag vor, dass für alle Kategorien von Fahrzeugen bestimmte Regeln eingehalten werden. Im Zentrum steht dabei, dass die Gebühren – egal ob sie für Pkw, Nutzfahrzeuge, Anhänger oder Krafträder anfallen sollen – anhand der zurückgelegten Entfernung und nicht, wie bei der deutschen Infrastrukturabgabe, zeitabhängig, also sozusagen als Flatrate für zehn Tage, zwei Monate oder ein Jahr ermittelt werden.

Welche Auswirkungen hätte dies auf Rheinland-Pfalz und seine Grenzregionen? Nehmen wir das Beispiel einer Fahrt von Luxemburg nach Trier. Das wären rund 15 km im deutschen Straßennetz. Die Zehn-Tages-Vignette der deutschen Maut würde dafür je nach Fahrzeug bis zu 25 Euro kosten. Bei der von der EU-Kommission vorgeschlagenen entfernungsabhängigen Lösung wären bei einem realistischen Kilometeransatz für Pkw von 3 Cent lediglich 45 Cent für eine Fahrt, also 90 Cent für Hin- und Rückfahrt zu entrichten. Das würde niemanden davon abhalten, hierher zum Einkaufen zu kommen, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich noch eines erwähnen: Wir hatten vor wenigen Tagen in Rheinland-Pfalz den ersten Digitalgipfel der Bundesregierung. Wir sollten die Möglichkeiten der digitalen Welt auch nutzen, um intelligente, maßgenaue

Lösungen umzusetzen. Es ist für mich wirklich unverständlich, weshalb man dann über das Knie gebrochen eine analoge, anachronistische und dann auch noch antieuropäische Maut in Deutschland einführen will.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Das war wie damals mit der Hotelsteuer!)

Hinzu kommt, dass es bei dem EU-Vorschlag keinen administrativen Aufwand mehr gibt; denn man darf davon ausgehen, dass jeder Pkw ohnehin mit einem sogenannten Onboard-Gerät ausgerüstet wird, welches die Maut automatisch ermittelt und abrechnet.

Festzuhalten ist also: Mit einer Pkw-Maut auf der Basis des Vorschlags der EU-Kommission könnten die drohenden Nachteile für die Wirtschaft in grenznahen Regionen, wie bei uns in Rheinland-Pfalz, abgewendet werden. Deshalb hat die Landesregierung im zweiten Durchgang zum Infrastrukturabgabengesetz am 31. März gefordert, allein den Ansatz weiterzuverfolgen, den die Europäische Kommission jetzt vorgesehen hat.

Festhalten ist auch: Die Pkw-Maut nach deutschem Muster wird frühestens im Jahr 2019 kommen. Wenn man sich in Erinnerung ruft, damals bei der Lkw-Maut gab es eine zweijährige Verzögerung. Also kann es bei der Pkw-Maut auch 2020 oder noch später werden.

Nach dem Kommissionsvorschlag sollen dann zeitabhängige Mautsysteme spätestens im Jahr 2027 durch entfernungsabhängige Systeme abgelöst werden. Das heißt, das deutsche Mautsystem müsste innerhalb von nur sieben Jahren vollständig abgeschrieben werden. Damit könnte der Saldo aus Ertrag und Aufwand endgültig in den roten Bereich rutschen. Um auch diese Frage von Herrn Kollegen Baldauf zu beantworten: Kaufmännisch gesehen macht das keinen Sinn. – Mit den Einnahmen dieser Maut wird man in Deutschland keine Straßen bauen können.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Tja!)

Meine Damen und Herren, ich fasse die Haltung der Landesregierung zum Richtlinienvorschlag der EU-Kommission für ein europäisches Mautsystem zusammen: Die Landesregierung lehnt die beschlossene deutsche Pkw-Maut nach wie vor entschieden ab. Eine entfernungsabhängige europaweite Lösung, wie sie die Kommission anstrebt, könnte dagegen verhindern, dass die Wirtschaft in den rheinland-pfälzischen Grenzregionen Umsatzeinbrüche erleidet. Der Bundestag sollte deshalb das deutsche Infrastrukturabgabengesetz in der neuen Legislaturperiode nach der bevorstehenden Wahl umgehend aufheben und alle Vorbereitungen zur Einführung dieses Systems umgehend stoppen.

Auch im Sinne der deutschen Wirtschaft sollte die Bundesregierung sofort alle Kräfte daran setzen, ein elektronisches entfernungsabhängiges und europaweit funktionierendes Mautsystem in Deutschland zu entwickeln und einzuführen. Es wäre gut, wenn sich Rheinland-Pfalz als europafreundliches Bundesland mit dieser Haltung durchsetzen könnte. Wir wollen keine Politik gegen unsere europäischen Nachbarn, und schon gar keine, die uns nicht einmal hilft, in der Infrastrukturfinanzierung auch nur einen

Schritt weiterzukommen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Oster.

Abg. Benedikt Oster, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Baldauf, dass Sie in jeder Rede auf mein Alter eingehen und sagen, das können Sie alles gar nicht wissen, weil Sie da noch gar nicht da waren, muss ich ganz ehrlich sagen, finde ich armselig. Es macht mir aber nichts.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Viel schlimmer ist, dass Sie sich heute hier hinstellen und irgendwelche vermurksten CSU-Pläne verteidigen. Ich muss schon sagen, das finde ich sehr bemerkenswert.

Mit den Zitaten muss ich wohl einen wunden Punkt bei Ihnen getroffen haben. Fakt ist, an Ihre Zitate aus unserem Koalitionsvertrag kann ich mich nicht erinnern. Ich habe das gerade auch noch einmal gegoogelt. Ich weiß nicht, was Sie da vorgetragen haben, aber das ist etwas anderes. Die Zitate von der Bundeskanzlerin sind aber Fakt; die kann man nachlesen, 1. September 2013 und 1. September 2014.

Sie sitzen auch im Wirtschaftsausschuss. Dennoch sind Sie in Ihrer Rede noch nicht einmal auf die Grenzregionen und auf die Wirtschaftsschäden eingegangen, die entstehen würden. Ich denke, wir haben mit der Grenzregion Frankreich/Deutschland oder mit der Trierer Region ein Pfund. Dieses Pfund dürfen wir nicht verlieren. Dann sollte man im Zuge der Pkw-Maut auch darauf eingehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben es abschließend gesagt – ich glaube, das ist hier festzuhalten –, wer stur an einer deutschen Lösung festhält, der wird am Ende scheitern. Dieses Projekt muss, wenn überhaupt – ich sage es noch einmal, wenn überhaupt –, europaweit angegangen werden. Es darf nicht sein, dass deutsche Autofahrer hier noch zusätzlich belastet werden.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Wink.

Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz und möchte nur kurz auf ein paar Punkte eingehen.

Herr Baldauf, Sie haben gesagt, wir würden uns mit unserer Glaskugel herumbewegen und würden die Zukunft vorhersagen. Wir haben keine Glaskugel. Die ganzen Studien, auf die wir uns stützen, stammen nicht von der Koalition. Sogar der Bundesrechnungshof hat Zweifel angemeldet.

Natürlich gibt es keinen Streit mehr mit der EU. Es gibt nur noch Streit mit Österreich.

Herr Schäuble selbst hat aber gesagt, die Einigung, die dazu geführt hat, den Streit niederzulegen, kostet uns mehr Geld. Er hat auch gesagt, dass die Besitzer von Euro-6-Fahrzeugen immer mehr zunehmen und dies wohl dazu führen könnte, dass die Ausfälle bei den Kfz-Steuererinnahmen größer sein könnten als die Einnahmen aus der Maut. Dann kostet das Ding mehr Geld, als ich davon habe. Das ist zwangsläufig so. Wenn ich 10 Euro verdiene, aber 20 Euro ausbebe, bin ich im Minus. Das ist Fakt.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es! –

Zurufe der Abg. Julia Klöckner und Christian Baldauf, CDU)

– Das ist auch ein Punkt, dass Sie die Hälfte Ihrer Redezeit am Thema vorbeireden und mit Pensionsfonds und Energieagentur kommen. Das sagt auch schon viel aus. Da fehlen halt die Argumente in dieser Diskussion.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Einen letzten Punkt möchte ich noch erwähnen. Die Maut wird pauschal und nicht nutzungsabhängig erhoben, wie zum Beispiel beim Lkw-Verkehr. In zwei Dritteln der anderen Ländern, die eine Maut haben, wird sie streckenabhängig erhoben. Die streckenabhängige Erhebung wäre sogar sinnvoll, um die Pariser Klimaschutzziele zu erfüllen.

(Glocke der Präsidentin)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Frau Merkel es Herrn Trump gleichgemacht hat und aus diesen Zielen angestiegen ist. Also ist das auch ein Punkt, der hier noch zu erwähnen ist.

Danke schön.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Baldauf.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wink, schauen Sie, ich kann es mir erlauben, solche Dinge auch noch zu bringen, weil der Inhalt Ihres Antrags und Ihre Ausführungen so wenig waren, dass ich es in der Hälfte der Zeit geschafft habe, das zu beantworten.

(Beifall der CDU – Zurufe von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Ich bin immer wieder erstaunt, wie das davon abhängig ist, wo man sitzt. Die Kolleginnen und Kollegen sitzen – vielleicht würden einige auch gern im Bundestag sitzen – nun einmal im Landtag. Die gleichen Kolleginnen und Kollegen der gleichen Couleur haben aber im Bundestag zugestimmt.

(Beifall der CDU)

– Da können Sie doch auch einmal klatschen. Jetzt sehen Sie alle nach unten.

Dann sind Sie doch bitte so ehrlich und sagen in diesem Hause auch, wie es ist. Sie hatten Bedenken – die hatten wir auch, auch die rheinland-pfälzische CDU hatte Bedenken, wir waren alle in einem Boot, dass wir gesagt haben, wir müssen bei den Grenzregionen aufpassen –, aber dann kommt, es wie es kommt, es geht um Bundesstraßen.

Dann kommt als Weiteres – ich wiederhole es extra noch einmal –, wir reden über die Jahre 2019 bis 2027, weil erst ab 2027 die europäische Lösung kommt, die im Übrigen keiner infrage stellt, weil sie der Kompromiss ist.

(Abg. Steven Wink, FDP: Die immer noch Geld kostet!)

Das heißt im Klartext, wir können uns jetzt darüber unterhalten, ob wir bis dahin nichts machen oder etwas tun.

Jetzt kommt doch die Glaskugel, Herr Kollege Wink. Wie kommen Sie darauf, dass es dadurch keine Mehreinnahmen gibt? Das hat Herr Schäuble genau so nicht gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Er hat gesagt, dass man das natürlich nicht auf acht, neun Jahre prognostizieren kann, aber er hat gesagt, es wird auf jeden Fall mehr im Geldbeutel sein, als es jetzt der Fall ist.

Herr Kollege Wissing, es stimmt, es geht nicht, den Begriff „Ausländersteuer“ zu prägen. Der ist auch falsch. Es geht aber darum, dass man diejenigen zur Kasse bittet, die unsere Straßen gebrauchen und nutzen.

(Glocke der Präsidentin)

Im Moment sind es nur die deutschen Steuerzahler, die bezahlen. Deshalb muss man ernsthaft, wenn es andere Länder so machen, wie beispielsweise Österreich – es ist besonders scheinheilig, dass die klagen wollen –, wenigstens darüber nachdenken

(Glocke der Präsidentin)

– ich komme zum Schluss –, ob wir denen, die sie nutzen und nicht in Deutschland ihre Steuern bezahlen, auch etwas aufbürden. Das halte ich für richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung, die Aktuelle Debatte, beendet.

Bevor ich Punkt 3 der Tagesordnung aufrufe, möchte ich Gäste bei uns im Mainzer Landtag begrüßen, und zwar Landfrauen aus Welgesheim und Mitglieder der Deutschen Rheumaliga. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Wahl eines stellvertretenden berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache [17/3132](#) –

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt. Wir schreiten sofort zur Wahl. Vorgeschlagen wird der Präsident des Oberlandesgerichts Zweibrücken, Herr Bernhard Thurn.

Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist er mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD gewählt. Ich stelle fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Anwesenden erreicht wurde.

Wir kommen zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache [17/2895](#) –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache [17/3276](#) –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache [17/3312](#) –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache [17/3320](#) –

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Nun greift die neue Geschäftsordnung. Ich informiere Sie über das Ausschussverfahren. Die erste Plenarberatung war in der 30. Sitzung am 3. Mai 2017, in der es zu einer Ausschussüberweisung an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss – mitberatend – gekommen ist. Ein Anhörverfahren wurde im Innenausschuss durchgeführt. Die Ausschussempfehlung lautet: Annahme.

Nun hat sich Herr Kollege Schwarz als Redner gemeldet.

Abg. Wolfgang Schwarz, SPD:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten im Innenausschuss eine sehr gute informative Expertenanhörung zu unserer Gesetzesvorlage. Es war festzustellen, dass es sowohl aus Reihen der Polizei als auch durch die Rechtsexperten und den Landesdatenschutzbeauftragten eine überwiegende Zustimmung zur Gesetzesvorlage gab.

Beispielhaft möchte ich hier nur die Einführung der Bestandsdatenabfrage, die anlassbezogene automatisierte Kennzeichenerfassung oder die Anpassung an die Rechtsprechung zum BKA-Gesetz und insbesondere auch die Herabstufung der Eingriffsschwelle bei der Wohnungsverweisung bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen erwähnen.

Daneben wurden aber auch Bedenken zu einzelnen Vorschriften geäußert und Anregungen zu Ergänzungen eingebracht. Die dabei aufgeworfenen Themenfelder haben wir aufgenommen und in meiner Fraktion, aber dann auch über die regierungstragenden Fraktionen hinaus noch einmal intensiv diskutiert und beraten.

Die Ergebnisse daraus flossen dann in den heutigen Änderungsantrag der Regierungsfaktionen ein und werden heute in der zweiten Lesung diskutiert. Auf die einzelnen Punkte möchte ich jetzt kurz eingehen.

Aufgrund der terroristischen Anschläge bei Großveranstaltungen wollten wir § 27 um einen Absatz 3 ergänzen, um explizit Großveranstaltungen besonders vor Anschlagsgefahren zu schützen. Die Anhörung aber hat ergeben, dass unsere Entwurfsvorlage den durch das Grundgesetz vorgegebenen Rahmen sprengen würde. Die Regelung war zu unbestimmt und unverhältnismäßig und wäre quasi eine anlasslose Überwachung öffentlicher Veranstaltungen mit einer Mindestgröße gewesen.

Beide Rechtsexperten bestätigten, dass der vorhandene Absatz 2 im Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) bereits ausreichend wäre, um mit einer niedrigeren Eingriffsschwelle eine Datenerhebung sowohl offen als auch verdeckt durchführen zu können.

Deswegen haben wir im Entwurf den Absatz 3 POG auch wieder gestrichen. Meine Damen und Herren, genau dafür, nämlich Erkenntnisse zu gewinnen und dann auch den Mut zu haben, Dinge zu verändern, ist eine Anhörung da.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenfalls gestrichen haben wir in § 27 a Abs. 2 den zweiten Satz, in dem es um den geschützten Personenkreis aus §§ 53 und 53 a StPO, Berufsgeheimnisträger und Berufshelfer, geht. Ein Bodycameinsatz ist nach unserer Gesetzesvorlage nur in öffentlichen Räumen möglich. Die Aufnahmen der in Satz 2 genannten Personen wären demnach rein zufällig und würden zwangsläufig erfolgen. Sie sind deshalb als Aufnahmen von unvermeidbar betroffenen Dritten zu bewerten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Anregungen aus Reihen der Polizei, den § 18 Abs. 2 Nummer 7 in Verbindung mit § 36 Abs. 5 StVO auch auf die Mitfahrenden im kontrollierten Fahrzeug zu ergänzen, haben wir selbstverständlich aufgenommen, weil es absolut sinnvoll ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut! –
Abg. Martin Haller, SPD: So sieht es aus!)

Ich will noch auf zwei, drei weitere Punkte eingehen, da sie in der ersten Lesung, aber auch im Innenausschuss durch die Opposition immer wieder angesprochen wurden und auch in Ihrem eingebrachten Änderungsantrag stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Einen Einsatz der Bodycam in Wohnungen schließen wir weiterhin aus, auch wenn er für die Polizei noch so wünschenswert wäre. Die Anhörung hat eindeutig ergeben, dass es mehr als verfassungsrechtlich strittig ist, eine solche Regelung einzuführen. Meine Damen und Herren der CDU, es ist noch nicht lange her, dass Sie hier große Vorhaltungen gemacht haben, wie viele Gesetze verfassungsmäßig falsch erlassen worden wären.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Es ist richtig, Nordrhein-Westfalen hat dies in seinem POG geregelt. Hier gilt es deshalb auch abzuwarten, wie dies verfassungsrechtlich zu halten ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Auch die von der CDU geforderte anlassbezogene automatisierte Kennzeichenerfassung gilt verfassungsrechtlich mehr als bedenklich. Ja, Bayern hat sie bisher als einziges Bundesland eingeführt. Dagegen ist eine Verfassungsbeschwerde, die vom Bundesverfassungsgericht angenommen worden ist, anhängig. Auch hier gilt es, die Entscheidung abzuwarten.

Im Änderungsantrag der CDU wird krampfhaft versucht, einige Regelungen aus eigener Feder zu formulieren. Ich denke, das ist dem geschuldet, dass unsere Vorlage eine sehr gute Vorlage mit breiter Zustimmung ist.

Ich würde gern noch auf einzelne Punkte Ihres Änderungsantrags eingehen, weil sie verfassungsrechtlich mehr als bedenklich sind, aber auch sonst nicht zu halten sind.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich komme zum Schluss, Frau Vorsitzende.

Meine Fraktion wird Ihren Änderungsantrag deswegen ablehnen. Wir werden unseren selbstverständlich beschließen, damit Polizei und Ordnungsbehörden alsbald damit arbeiten können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Lammert.

Abg. Matthias Lammert, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter Lesung das Gesetz zur Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes. Bereits in der ersten Beratung habe ich für unsere Fraktion zum Ausdruck gebracht, dass der Gesetzentwurf aus unserer Sicht leider nur sehr halbherzig ist und die wichtigen Eingriffsbefugnisse der Polizei nur halbherzig erweitert.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Beratungen im Innenausschuss waren von besonders großer Eile geprägt. Von den regierungstragenden Fraktionen wurde sogar extra eine Sondersitzung beantragt, um dieses Gesetz nach Möglichkeit noch vor der Sommerpause durch das Parlament zu jagen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ui, ja!
Wir werden doch für die Arbeit bezahlt! Wir werden doch dafür bezahlt, dass wir hier sitzen! –
Zuruf von der SPD: Genau!)

Wir hätten uns gewünscht, dass wir vielleicht über den einen oder anderen Punkt noch einmal intensiver diskutiert hätten.

Auf jeden Fall hat die Anhörung im Innenausschuss gezeigt, dass der Gesetzentwurf von Ihnen vielleicht gut gemeint, aber letztendlich schlecht gemacht wurde.

Gerade in einigen zentralen Bereichen haben die Anzuhörenden – das ist gerade von Ihnen schon gesagt worden – sogar verfassungsrechtliche Bedenken vorgebracht. Da nützt auch der gerade einmal heute Mittag eingebrachte Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen nichts und kann diese Sache nicht verbessern.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf der Abg. Astrid Schmitt, SPD)

Unser Änderungsantrag ist frühzeitig eingegangen. Das hätten wir uns von Ihnen ein Stück weit gewünscht.

(Abg. Martin Haller, SPD: Gestern!
Frühzeitig eingegangen! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Aber nur ein Stück weit!)

Wir sind nicht unbedingt in der absoluten Bringschuld, wenn Sie das Gesetz hier einbringen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Videoüberwachung wollten Sie bei Großveranstaltungen zulassen,

bei denen mindestens 500 Menschen zugegen sind. Gerade bei den Beratungen im Innenausschuss konnten Sie uns nicht darlegen, wie Sie auf diese Zahl gekommen sind. Die Anzuhörenden haben deutliche verfassungsrechtliche Zweifel – ich denke, da sind wir uns einig – an der Bestimmtheit dieser Vorschrift geäußert.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Was machen Sie jetzt in Ihrem Änderungsantrag? Ersatzlose Streichung dieser Vorschrift.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, eben!)

Wir kehren zum Status quo des derzeitigen Gesetzes zurück – keine Verbesserung, nichts, null –,

(Beifall bei der CDU)

obwohl im Innenausschuss mehrere Experten rechtliche Wege aufgezeigt haben, wie man mehr Videoüberwachung machen könnte. Dieser Schritt, den Sie gehen wollten, wurde aufgezeigt. Da muss man schon ein Stück weit von gesetzgeberischer Faulheit sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Diesen Eindruck habe ich zumindest von Ihnen, da Sie sich weigern, hier tätig zu werden. Sie streichen es, und das war es. Wir hingegen schlagen in unserem Änderungsantrag eine klare Vorschrift vor, und zwar eine Vorschrift, die eine Regelung zur Videoüberwachung erweitert und an eine konkrete Gefährdungslage anknüpft.

(Zuruf von der SPD)

Das ist der entscheidende Punkt: eine konkrete Gefährdungslage. Das wird in der aktuellen Lage, in der wir uns befinden, gerade bei Großveranstaltungen, greifen können. Die Vorschrift richtet sich nach einer Regelung des baden-württembergischen Polizeigesetzes. An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass es schon nach bisheriger Gesetzeslage möglich war, Videoüberwachung an neuralgischen Punkten durchzuführen. Bislang mangelte es aber vor allem an Ihrem politischen Willen, dass diese Möglichkeit genutzt und Videoüberwachung durchgeführt wurde.

Wir als CDU sagen nach wie vor, Videoüberwachung ist sehr wohl ein probates und effektives Mittel für eine Prävention im kriminellen Bereich. Deswegen wollen wir die Videoüberwachung ausbauen und stärken.

Zur Kfz-Kennzeichenerfassung: Wir haben immer noch kein richtiges Verständnis dafür, dass Sie, die SPD-geführte Landesregierung, diese Regelung vor vielen Jahren zunächst aus dem Gesetz herausgenommen haben, bis man letztendlich begriffen hat, wie wichtig diese Maßnahme für die Polizei ist. Jetzt kommt sie wieder zurück. Vertane Jahre, muss man sagen. Jetzt feiern Sie sich dafür, was Sie vor Jahren herausgenommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine bemerkenswerte Politik.

Wir haben damals schon deutliche Kritik geübt. Wir haben damals schon gesagt, Kennzeichenerfassung ist möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat frühzeitig Kriterien aufgelegt und eine verfassungsgemäße Ausgestaltung formuliert. Hier haben wir wieder einiges verloren. Leider haben Sie einen schlechten Kompromiss zwischen allen Fraktionen gefunden. Das ist ein Stück weit bedauerlich.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ganz klar eine Sympathie für die bayerische Regelung, die richtig und verfassungsgemäß ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das glaube ich!)

Daran anlehnend, kann man durchaus Regelungen schaffen.

Wir können nicht ganz nachvollziehen, was schlimm daran sein soll; denn wenn ein Kennzeichen nicht im Fahndungsbestand vorhanden ist, dann wird es direkt wieder gelöscht. Aus datenschutzrechtlichen Gründen spricht überhaupt nichts gegen einen dauerhaften Einsatz. Wenn es keinen Treffer gibt, ist es innerhalb einer sogenannten logischen Sekunde wieder gelöscht, ist also überhaupt kein Problem.

(Beifall bei der CDU)

Es dient aber einer hohen Effektivität und Sicherheit. Deswegen ist diese Maßnahme dringend geboten.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Bodycams will ich nicht zu viel sagen. Wir begrüßen grundsätzlich die Regelung des Einsatzes. Allerdings geschieht fast die Hälfte der Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte in Wohnungen, also in nicht öffentlichen Bereichen. Gerade in dieser Hinsicht müssen wir etwas tun. In der Anhörung hat der Rechtsexperte, Herr Professor Ruthig, klare verfassungskonforme Möglichkeiten aufgezeigt. Es ist nicht so, dass diese Möglichkeit völlig weggekehrt wurde, ganz im Gegenteil.

An die lieben Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen: Wenn Sie sich die Vorschriften noch einmal genau angeschaut hätten, dann hätten Sie sehen können, dass man sehr wohl Regelungen schaffen kann. Eine gibt es im schon vorhandenen Zollfahndungsgesetz.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Genau so!)

Dort gibt es die Regelung, dass man einen Bodycameinsatz in Wohnungen für Zollkriminalbeamte durchführen kann. Das ist möglich.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das ist im Übrigen unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossen worden. Das ist ganz spannend. Sie sind jetzt im Grunde genommen einen Schritt hinter diese Regelung zurückgegangen.

(Beifall bei der CDU)

Die rot-grüne Bundesregierung hat es hinbekommen, Sie

schaffen es wieder ab oder bekommen es nicht hin. Das ist sehr bedauerlich; denn das wäre wirklich eine wichtige Regelung, vor allem für den Schutz unserer Polizeibeamtinnen und -beamten, die dort tätlichen Angriffen ausgeliefert sind.

Ich will zum Schluss etwas zu den Punkten Schleierfahndung, verdachtsunabhängige Kontrollen sagen. Auch hier regeln Sie etwas, jedoch nur in Form einer Ausweitung bei Straßenverkehrskontrollen. Es handelt sich nicht um eine grundsätzliche Regelung, um eine grundsätzliche verdachtsunabhängige Regelung. Eine solche haben wir jetzt in unserem Änderungsantrag klar formuliert. Auch das haben andere Länder bereits aufgenommen. Auch hierbei handelt es sich um eine verfassungskonforme Norm, ist also überhaupt kein Problem.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Schwarz, SPD)

Wir brauchen eine solche Regelung in diesen schwierigen Zeiten. Sie regeln es immer nur auf konkrete Verdachtsmomente hin. Das halten wir für falsch, vor allem, weil wir in Hessen eine andere Regelung haben als hier in Rheinland-Pfalz.

Wir hatten vor Kurzem Hinweise bekommen, dass bei Kontrollen auf der Schiersteiner Brücke in Rheinland-Pfalz nur die Ausweispapiere kontrolliert werden können, während in Hessen eine volle Kontrolle möglich ist.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Stimmt!)

Auf diese Weise konnten vor Kurzem gesuchte Kriminelle identifiziert und festgenommen werden.

(Glocke der Präsidentin)

Hier hätte man einiges machen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir sehen Ihr Gesetz als schlechten Kompromiss. Hier hätte man viel mehr machen können. Es ist bedauerlich. Hier wird eine große Chance vertan für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und für unsere Polizei.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Sehr gut! –
Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Änderung des Polizei- und Ordnungsbürokratiengesetzes sieht umfangreiche Erweiterungen der Einsatzmöglichkeiten im Rahmen der polizeilichen Prävention vor – zunächst einmal. Die Anpassung zur Gefahrenab-

wehr erfolgt als Reaktion auf die durch Terror und steigende Kriminalität geänderte Gefahrenlage und ist längst überfällig und nicht zuletzt aufgrund der sich dramatisch verschlechternden Sicherheitslage auch zwingend erforderlich.

Hierzu fand neben einer ersten Lesung am 3. Mai im Parlament im Innenausschuss eine Anhörung von Sachverständigen am 1. Juni und eine weitere Sitzung am 14. Juni statt. Im Wesentlichen sind sich alle Fraktionen darüber einig, dass es eine grundsätzliche Notwendigkeit zur Anpassung dieses Gesetzes gibt. An einigen Punkten scheiden sich jedoch die Geister. Zum einen wird der Einsatz von Bodycams in Wohnungen durch die Ampelkoalition abgelehnt, und darüber hinaus findet eine anlasslose Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen keine Zustimmung.

Außer Frage steht, dass der Einsatz von Bodycams für den Eigenschutz der Polizeibeamten zwingend erforderlich ist, und das ist in der Anhörung auch ganz deutlich geworden. Der Einsatz der Bodycams in Wohnungen wird allerdings von der Ampelkoalition nicht, aber von beiden Polizeigewerkschaften und beiden Oppositionsparteien grundsätzlich befürwortet. Im Gegensatz dazu sind Aufnahmen mit der Bodycam in Wohnungen im ehemals rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen durchaus möglich. Dazu wurde im Nachbarland eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage geschaffen. Es geht.

Im Ausschuss wurde darauf hingewiesen, dass im Zollfahndungsdienstgesetz eine verfassungsmäßige Regelung getroffen wurde, um auch in Wohnungen die Bodycam einzusetzen, wenn man von der Möglichkeit im Gesetz Gebrauch macht, den Einsatz lediglich zum Schutz der Beamten zuzulassen. Da ohnehin die gewonnenen Bilddaten nach kurzer Frist – jetzt ja von Ihnen vorgeschlagen 30 Tage durchgängig – gelöscht werden, wenn sie denn keine ermittlungsrelevanten Daten beinhalten und auch sonst niemand zugänglich gemacht werden, sehen wir hier insoweit zunächst einmal keinen Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zwingend auf einen Einsatz der Bodycam in Wohnungen verzichtet werden muss; hier sind die Möglichkeiten zum Schutz unserer Beamten leider nicht voll ausgeschöpft worden.

(Beifall der AfD)

Auch hinsichtlich der Frage eines Prerecordings gehen die Meinungen auseinander. Wir sehen – wie die Deutsche Polizeigewerkschaft auch – durchaus die Notwendigkeit des Prerecordings, weil gerade durch überraschend auftretende Einsatzsituationen der Griff zur Kamera zu spät erfolgen kann und die entscheidenden Entwicklungen hin zur Tat eben nicht dokumentiert werden. So handelt es sich dabei zunächst um eine anlasslose Überwachung und dürfte vom Grunde her – auch das ist deutlich geworden – nicht verfassungskonform sein. Um aber den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu entsprechen, welches nur eine anlasslose Anfertigung von Videoaufnahmen zulässt, wäre ein Prerecording nach Auffassung der Experten nur dann zulässig, wenn – ich zitiere – „Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass Rechtsgutsverletzungen drohen“.

Mit einer solchen Formulierung läge dann eine Anlassbezogenheit vor. Dies betrifft im Übrigen auch die anlasslose Videoüberwachung von Ansammlungen, die nicht unter das Versammlungsgesetz fallen.

Um dem Gesetz in diesem Punkt eine verfassungsgemäße Grundlage zu geben, wäre es notwendig, den Anlass zu formulieren, wann eine Videoüberwachung vorgenommen werden darf. Allein die Zahl der Besucher – das haben Sie mittlerweile herausgenommen – ist eben kein hinreichender Anlass und verfassungsrechtlich nicht zulässig.

Meine Damen und Herren, die Erweiterung der Möglichkeiten im POG entspricht der Notwendigkeit zur effektiveren Bekämpfung von Gefahren und gibt den handelnden Polizeibeamten – und dies muss Sinn und Zweck der Sache sein – die notwendige Rechtsgrundlage und auch Rechtssicherheit bei ihrem gefährlichen täglichen Einsatz. Gleichwohl müssten die Möglichkeiten noch erweitert werden. Es ist nicht verständlich, warum die Landesregierung zögert, Bodycams in Wohnungen einzusetzen und ein Prerecording zu ermöglichen, obwohl die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden könnten.

Im Weiteren stellt der Verzicht auf Videoaufnahmen einen gesetzessystematischen Wertungswiderspruch dar. Wenn die Polizei zwar eine Wohnung gegen den Willen eines Wohnungsinhabers zur Abwehr von Gefahren betreten darf, aber ein Filmen erst durch die Behördenleitung oder einen besonders beauftragten Beamten des 4. Einstiegsamtes angeordnet werden muss, wie soll die Polizei damit umgehen?

Die vorgeschlagenen Erweiterungen der Eingriffsmöglichkeiten stellen insgesamt eine geeignete, aus unserer Sicht auch eine angemessene und verhältnismäßige Maßnahme dar, um die Sicherheit im Land deutlich zu verbessern. Völlig unverständlich ist, dass die Ampelkoalition zwar Änderungen in der letzten Ausschusssitzung angekündigt hat, diese aber nicht bekannt gab und damit auch nicht diskutieren wollte. Erst heute Morgen – wurden die Änderungen den Fraktionen vorgelegt. Ich nenne das – verzeihen Sie mir – parteipolitische Spielchen, die dem Ernst der Sache nicht gerecht werden. Der Einsatz von Bodycams in Wohnungen fehlt aber auch hier.

Der Änderungsantrag der CDU greift zwar wesentliche Kritikpunkte auf, ist aber bezüglich des Prerecordings aus unserer Sicht noch nicht weitreichend genug. Da diese wichtigen Ergänzungen fehlen, werden wir den Gesetzentwurf der Ampelkoalition ablehnen und uns beim Änderungsantrag der CDU enthalten.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Becker.

Abg. Monika Becker, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Neugestaltung des Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetzes stellt sich die Landesregierung den Herausforderungen, die die veränderte, die verschärfte Sicherheitslage mit sich bringt. Für die Freien Demokraten heißt das, dem Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nachzukommen und gleichzeitig deren Rechte als Staatsbürger eben nicht aus dem Blick zu verlieren.

Wir müssen unsere Polizei in die Lage versetzen, der geänderten Sicherheitslage gerecht zu werden, und ihr ein erweitertes Instrumentarium zur Verfügung stellen, das sie im Kampf gegen Verbrechen und internationalen Terrorismus handlungsfähiger macht. Gleichzeitig muss das Gesetz aber auch unsere Sicherheitskräfte vor zunehmenden Angriffen schützen. Der Schutz derer, die uns schützen, gehört deshalb unabdingbar zu diesem Instrumentarium und muss uns ein ganz besonderes Anliegen sein. Eine Ausgewogenheit der Bedürfnisse aller Beteiligten herzustellen, die sich gegen Verbrechen und internationalen Terrorismus zur Wehr setzen, war das Anliegen unserer Fraktion und dieser gesamten Koalition, meine Damen und Herren, und dieser Balanceakt ist uns gelungen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das sehe
ich auch so!)

In konstruktiver Weise stets den vorgenannten Anspruch reflektierend, haben wir einen POG-Entwurf erstellt, der die Sicherheit stärkt, ohne den Rechtsstaat zu vernachlässigen oder gar zu schwächen. Meine Damen und Herren, dieser POG-Entwurf ist verfassungskonform, und Verfassungskonformität, meine Damen und Herren, sollte uns allen im Hause eigentlich Grundvoraussetzung für eine gesetzliche Änderung sein.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Massive Zweifel habe ich daran bei der AfD. Herr Junge hat es gerade wieder deutlich gemacht: Von den Oppositionsparteien wird der Einsatz von Bodycams in Wohnungen gefordert. Herr Junge hat es auch im Innenausschuss schon gesagt: Er hat beim Einsatz von Bodycams in Wohnungen überhaupt kein verfassungsrechtliches Problem. Meine Damen und Herren, das heißt, der Schutz des Artikels 13 und damit eines der Grundrechte unserer Verfassung spielt für die AfD überhaupt keine Rolle.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Uwe Junge, AfD: Das ist eine üble
Unterstellung! Sie haben mir überhaupt
nicht zugehört! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie haben gar
nicht zugehört! –
Zuruf von der AfD: Traurig, traurig!)

So weit gehen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, nicht. Gleichwohl gehört aber auch bei Ihrem Änderungsantrag der Einsatz von Bodycams in Wohnungen zum selbstverständlichen Instrumentarium. Die verfassungsrechtliche Prüfung, sagen Sie, ist dabei schon

abgeschlossen, obwohl Sie genau wissen, dass sie eigentlich jetzt erst beginnen kann. Sie ist auf keinen Fall abgeschlossen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Der Umstand, dass Sie dabei die Bodycam in Wohnungen nur zum Schutz der Einsatzkräfte, nicht aber zum Schutz von möglichen Opfern einsetzen wollen, ist darüber hinaus für uns überhaupt nicht nachvollziehbar.

Mit der Rechtsgrundlage für die Verwendung der Bodycam in unserem Gesetzentwurf hingegen schaffen wir Sicherheit für die Polizistinnen und Polizisten. Nach einem einjährigen Pilotversuch an verschiedensten Dienststellen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass es sich bei der Bodycam um ein adäquates und insbesondere effektives Einsatzmittel für die Polizei handelt.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Dieses dient dem Schutz der Belange aller Beteiligten. Die tatsächliche Einsatzlage kann so objektiv bewiesen werden.

Um den Zugang zu diesem Beweismittel auch dem betroffenen polizeilichen Gegenüber zu ermöglichen, haben wir uns nach kritischer interner Diskussion dazu entschlossen, hier einer 30-tägigen Speicherungsfrist zuzustimmen. Meine Damen und Herren, wenngleich der Grundsatz der Datensparsamkeit wichtig ist, so tragen wir damit doch auch den begründeten Interessen des Bürgers Rechnung. Ebenso schaffen wir damit die Grundlage für eine effektive Rechtsverfolgung.

Gleiches gilt auch für die 30-tägige Sperrfrist für Videoaufzeichnungen, die im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen aufgenommen werden. Auch hier waren die berechtigten Interessen aller Beteiligten zu bedenken. Vor dem Hintergrund, dass Betroffene einer Straftat sich möglicherweise erst mit Verzögerung bei der Polizei melden, war diese Regelung auch hier angezeigt und stärkt die Rechte des Bürgers.

Meine Damen und Herren, wir alle haben uns eingehend mit dem neuen POG beschäftigt. Wir wissen aber auch, dass dies noch nicht das Ende des Weges ist. Themen wie die Verwendung von Bodycams auch in Wohnungen oder die elektronische Fußfessel, wie sie einige Länder nun eingeführt haben, sind kritisch zu sehen und müssen mit äußerstem Fingerspitzengefühl diskutiert werden. Bei aller Kritik werden wir uns einer solchen offenen Diskussion aber stellen. Wir werden uns nicht verschließen.

(Glocke der Präsidentin)

Wir verlangen aber Augenmaß und die gebotene notwendige Gründlichkeit.

(Glocke der Präsidentin)

Wir warnen vor Schnellschüssen, und ich bitte Sie, schließen Sie sich dem Gesetzentwurf an, stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu. Damit sind Sie im wahrsten Sinne des

Wortes auf der sicheren Seite, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christine Schneider, CDU: Ihr macht
verkürzte Beratungen! –
Weitere Zurufe aus dem Hause)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Schellhammer das Wort.

(Unruhe im Hause)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Schellhammer hat jetzt das Wort. Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter Lesung die Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes, und dem ging eine intensive Befassung im Innenausschuss voran. Nach Durchführung einer umfassenden Anhörung befassen wir uns heute in der zweiten Lesung mit dem Gesetz, und es liegen Änderungsanträge vor.

Wenn die Hauptdiskussion tatsächlich um das parlamentarische Verfahren geht, wenn dies wirklich teilweise der Kern der gesamten Diskussion ist, dann sind wohl die Kritikpunkte an dem vorgelegten Gesetz doch gar nicht so umfangreich, wenn tatsächlich das parlamentarische Verfahren ein Hauptkritikpunkt ist.

Herr Kollege Lammert, Sie werfen uns Eiligkeit vor.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD –
Zuruf des Abg. Matthias Lammert, CDU)

Tatsächlich haben wir als Koalitionsfraktionen sehr klar gesagt, wir wollen vor der Sommerpause das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz beschließen. Das haben wir ganz klar gesagt, um auch die gesetzliche Grundlage für unsere Polizei in Rheinland-Pfalz entsprechend anzupassen. Deswegen verstehe ich Ihre Überraschung an dieser Stelle wirklich in keiner Weise.

(Zuruf des Abg. Matthias Lammert, CDU)

Wir haben ganz klar gesagt, wir wollen es vor der Sommerpause beschließen. Anstatt uns Faulheit vorzuwerfen, was Sie in Ihrer Rede ebenfalls getan haben, würde ich eher sagen, wir sind emsig. Die polizeipolitischen Sprecher sind in der Lage, sich zwischen der Anhörung und der Ausschussbefassung zu verständigen und letztendlich im Plenum auch einen Änderungsantrag vorzulegen. Das ist bei Weitem keine Faulheit, sondern es ist der Situation angemessen, dass man eine Anhörung auch entsprechend auswertet.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Neben redaktionellen Änderungen liegen mir heute weite-

re Änderungen in vier Punkten vor, die aber den wesentlichen Gegenstand des Gesetzes in keiner Weise verschieben oder tangieren. Wir haben einen sehr umfangreichen Gesetzentwurf vorgestellt und legen nur in kleinen Teilen Änderungen vor. Die Kritik, die vonseiten der Opposition vorgetragen wurde, steht nicht im Verhältnis; aber sie zeugt von einer Denkweise, die ich an der Stelle auch erwähnen möchte. Sie zeugt nämlich von dem aberwitzigen Glauben, dass mit der Videoüberwachung tatsächlich alle sicherheitspolitischen Probleme gelöst werden könnten. Das ist bei Weitem nicht so. Die Videoüberwachung kann höchstens ein kleines Mosaiksteinchen in einer Innenpolitik sein, und dass dies jetzt so groß nach vorn gestellt wird, zeugt davon, dass es für Sie das Allheilmittel ist. Für uns ist es das nicht. Stattdessen ist für uns eine kluge Innenpolitik,

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

ein Zusammenspiel zwischen zivilgesellschaftlicher Prävention, Personalausstattung der Sicherheitsbehörden und natürlich auch der gesetzlichen Grundlage sehr wichtig, und dabei kann die Videoüberwachung – wie gesagt – nur ein Mosaiksteinchen sein.

Nun zu den Änderungen im Einzelnen. Wir haben auch die Änderung vorgeschlagen, dass die Personenkontrollen bei einer Fahrzeugkontrolle ausgeweitet werden können, dass nicht nur der Fahrzeugfahrer oder die Fahrzeugfahlerin auf gefährliche Werkzeuge, Sprengstoff oder Waffen kontrolliert werden kann. Zukünftig können auch Fahrzeuginsassen nach solchen Gegenständen durchsucht werden. Das ist tatsächlich für die Polizistinnen und Polizisten im Einsatz ein wichtiger Punkt.

Wir wissen, gerade bei Fahrzeugkontrollen kommt es immer wieder zu Gefahrensituationen und zu Gewalteskalation. An dieser Stelle können wir als Koalitionsfraktion im Vergleich zu den Bodycams in Wohnungen ohne verfassungsrechtliche Probleme tatsächlich auf die Forderung der Polizei eingehen und ihr hiermit einen weiteren wichtigen Schritt zum Schutz von Polizistinnen und Polizisten vorlegen.

Die Anhörung kam auch zu dem Ergebnis – das hat Herr Kollege Schwarz schon richtig dargestellt –, dass unsere vorgeschlagene Regelung zur Videoüberwachung bei Großveranstaltungen zu unbestimmt und daher unverhältnismäßig ist.

Ich finde, es gehört auch dazu zu sagen, wir hören den Expertinnen und Experten bei Gesetzgebungsprozessen immer wieder zu. Da steht es uns auch gut an, wenn wir sagen: Okay, diese Regelung hat nicht die Zustimmung gefunden. Hier gibt es Bedenken. Wir ziehen sie zurück. –

Die Experten haben uns gleichzeitig aber in der Anhörung gesagt, dass die jetzt bestehende Regelung vollkommen für den Zweck ausreicht, den wir beabsichtigen. Deswegen fällt Ihre Kritik, wir hätten hier eine gesetzgeberische Faulheit an den Tag gelegt, auch völlig ins Leere. Unsere gesetzliche Grundlage reicht aus. Deswegen brauchen wir an dieser Stelle keinen neuen Abschnitt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Zu den Bodycams in Wohnungen wurde viel gesagt. Die Experten haben ganz klar erläutert, es ist hochgradig umstritten, inwieweit dies Artikel 13 Grundgesetz hergibt. Diese kleine Nische, die möglicherweise verfassungskonform sein könnte, wäre dann unter Richtervorbehalt gestellt. Das wäre bei einer Gewalteskalation in einer Wohnung, wenn man erst noch den Richter anrufen müsste, ob man mit der Bodycam hereingehen kann, nicht zuträglich für das Ziel, das Sie gern beschreiben würden, dass es nämlich Polizistinnen und Polizisten schützt.

(Glocke der Präsidentin)

Wir stellen uns aber auch hier ganz klar auf. Wenn sich in Nordrhein-Westfalen diese Regelung als verfassungsrechtlich konform darstellt, sind wir offen, hier darüber zu diskutieren.

Insgesamt haben wir ein gutes Gesetz vorgelegt. Es wird mit unseren Änderungen noch besser. Meine Fraktion stimmt selbstverständlich zu.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Abg. Johannes Zehfuß, CDU: Kann nur
besser werden!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Lammert das Wort.

Abg. Matthias Lammert, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil die Debatte noch einmal von der Kollegin Schellhammer wegen des Einsatzes der Bodycams angestoßen wurde, möchte ich kurz noch eine Anmerkung machen. Vielleicht ist es manchmal hilfreich, wenn man ein Gesetz oder das Grundgesetz liest. Dort steht in Artikel 13 Abs. 5 – ich darf zitieren –: „Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.“

(Beifall der CDU)

Damit ist alles gesagt. Alle Möglichkeiten sind gegeben. Es ist völliger Nonsens, dass das verfassungswidrig ist. Tut mir leid.

Danke schön.

(Starker Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Erwiderung erteile ich Frau Kollegin Schellhammer das Wort.

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kollege Lammert, wir haben in der Anhörung verschiedene Rechtsauffassungen gehört, inwieweit der Einsatz von Bodycams in Wohnungen zulässig ist. Wir alle wissen von der Forderung und dem Wunsch der Polizistinnen und Polizisten, die Bodycams auch in Wohnungen mitzuführen. Nichtsdestotrotz haben wir verfassungsrechtliche Bedenken. Diese wurden auch von Experten in der Anhörung dargestellt. Diesen verfassungsrechtlichen Bedenken folgen wir.

Sollte allerdings eine Regelung, die den Einsatz von Bodycams in Wohnungen vorsieht, verfassungsrechtlich Bestand haben, werden wir erneut sehr gern die Debatte führen.

Wenn Sie unsere Gesetzesänderung anschauen, dann sehen Sie, dass wir das Thema „Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten“ sehr ernst nehmen. Deswegen haben wir auch § 18 geändert, damit bei Fahrzeugkontrollen die Sicherung von Polizistinnen und Polizisten bei der Durchsuchung möglich ist. Wir ignorieren also dieses Thema nicht, sondern wir folgen an dieser Stelle nur einer anderen Rechtsauffassung, nicht Ihrer. Deswegen haben wir einen Dissens. Dieser bleibt weiterhin bestehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:
Unterschiedliche Wahrnehmungen!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Lewentz.

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Wochen haben wir den 70. Geburtstag der rheinland-pfälzischen Polizei gefeiert, unter anderem mit einer tollen Festveranstaltung, in der wir noch einmal in die Anfangszeiten des Landes Rheinland-Pfalz und die Herausforderungen für die Polizei geschaut haben: Räuberbanden, Schwarzmarkt, Ernährungsfragen – Das waren die Themen vor 70 Jahren. Wir alle haben festgestellt und erleben müssen, wie sich das weiterentwickelt hat. Neben der „Alltagskriminalität“ kämpfen wir heute mit Herausforderungen wie Cybercrime, Angriffen auf kritische Infrastrukturen oder Angriffe durch internationalen Terrorismus.

Es hat immer für uns in diesen sieben Jahrzehnten gegolten, die Polizei darf nicht stillstehen. Die Ausstattung und die Rahmenbedingungen müssen stimmig sein.

Lieber Herr Kollege Lammert, ich finde es eigentlich gut. Wir können heute feststellen, die Koalition ist in der Frage der Bewahrung der bürgerlichen Freiheiten tatsächlich anders aufgestellt als die CDU. Wir haben andere Vorstellungen. Für uns gilt: Sicherheit ja, aber in vielen Bereichen mit einem starken Augenmaß. – Das ist wichtig.

Für uns nehme ich in Anspruch, wir streben nicht den tota-

len Überwachungsstaat an.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Matthias Lammert, CDU: Wir auch
nicht!)

Wir streben den sicheren Staat mit möglichst vielen bürgerlichen Freiheitsrechten an. Das ist unsere Aufstellung.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Wir sind nicht
für einen totalen Überwachungsstaat! Das
ist jetzt eine Unterstellung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz grundsätzlich gilt: Rheinland-Pfalz ist eines der sichersten Länder in Deutschland. – Wir sind in der Aufklärungsquote auf Platz 2, festgestellt vom Statistischen Bundesamt. Das kann doch nur bedeuten, unsere Polizei hat schon jetzt die Instrumente, die notwendig sind, um den Gefahrenlagen entsprechend zu begegnen und aufzuklären.

Wir sind bei der Frage des Anstiegs der Vollzeitäquivalente – auch dies laut Statistischem Bundesamt – bei der Spanne von 2005 bis 2015 auf Platz 1 der deutschen Bundesländer.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Feierlichkeiten zu 70 Jahre Rheinland-Pfalz haben wir einen „Tag der Polizei“ auf der Festung Ehrenbreitstein organisiert. 13.500 Bürgerinnen und Bürger sind gekommen und waren über das, was die Polizei dort an Informationen geboten hat, sehr begeistert und sehr angetan, auch erleben zu dürfen, dass wir mit 551 Polizeianwärterinnen und -anwärtern so viele Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter vereidigt haben wie noch nie in der Geschichte unseres Landes Rheinland-Pfalz. Diese Zahlen haben wir für die gesamte Legislaturperiode fortgeschrieben; denn diese Koalition und die Landesregierung streben an und werden es umsetzen, bis 2021 9.600 Beamtinnen und Beamte in diesem Land zu haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als wir die Verantwortung übernommen haben, haben wir 8.800 gehabt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Rednerinnen und Redner der Koalition haben schon betont, wir haben schon jetzt ein gutes POG, mit dem wir handeln können. Die letzte Fortschreibung war 2011, also vor Paris, vor Brüssel, vor London und vor Berlin. Deswegen müssen wir es jetzt fortschreiben. Das machen wir. Das tun wir mit Augenmaß, aber so passgenau, wie es eben geschildert wurde, dass wir als Polizei damit handeln und arbeiten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war in der letzten Woche in der Innenministerkonferenz in Dresden. Die Polizei in Rheinland-Pfalz erfährt im Kollegenkreis eine unglaublich hohe Wertschätzung und große Anerkennung. Das hat etwas damit zu tun, dass wir schon sehr früh Entscheidungen getroffen haben – Sicherheitspaket I –, als

zweites Bundesland hatten wir die Einführung der Bodycam, die Aufstockung der Polizei in diesen Rekordzahlen. Wir haben auch Entscheidungen in diesem Haus getroffen, die gar nicht so groß diskutiert wurden. Wir haben jetzt wieder aufgrund eines Angriffs auf eine bayerische Polizeibeamtin erleben müssen, während unsere Polizeibeamten schon lange eine moderne Schusswaffe haben, soll diese in Bayern erst in einigen Jahren eingeführt werden. Also kann doch keiner davon sprechen, wir würden unsere Hausaufgaben nicht machen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte als Stichwort die automatisierte Kennzeichenerfassung herausnehmen und ausdrücklich sagen, wir leben in besonderen Zeiten mit besonderen Herausforderungen mit Blick auf die Innere Sicherheit. Wir müssen Entscheidungen treffen, die immer stärker in die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Diese Regelung wurde schon einmal zurückgenommen.

Ich möchte Ihnen ganz ehrlich sagen, ich würde mich freuen, es käme wieder die Zeit und wir könnten viel von den Dingen, die wir jetzt verschärfend machen und einführen müssen, um zum Beispiel auf internationalen Terrorismus zu reagieren, wieder zurückdrehen. Das ist doch eine Entwicklung, die wir uns alle nur wünschen.

Wenn ich mir die Videoüberwachung anschau, so haben wir glücklicherweise die Regelung im Absatz 3, mit dem wir sehr gut arbeiten können. Man muss aber vorsichtig sein. Ich habe es schon bei der Fußfessel gesagt. In London soll es über 400.000 Videoüberwachungen geben. Leider ist die Hauptstadt unserer Nachbarn vom Terrorismus betroffen wie kaum eine andere.

Man darf den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorgaukeln, mit der oder der sozusagen ausufernd getroffenen Entscheidung ist die Innere Sicherheit absolut gewährleistet. Das kann man nicht tun. Das wäre unverantwortlich. Deswegen empfinde ich die Fortentwicklung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes, wie sie die Koalitionsfraktionen heute vorgeschlagen haben, als eine Fortführung mit Augenmaß, die die Handlungsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Polizei auf der Basis einer sehr, sehr erfolgreichen Bilanz noch einmal stärkt.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/3312 – ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der AfD abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/3320 – ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/2895 – unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Gesetzentwurf in der zweiten Beratung mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Gesetzentwurf in der Schlussberatung mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD angenommen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich als Gäste Mitglieder des Vereinsrings Mainz-Hechtsheim begrüßen. Seien Sie ganz herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (20. Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/2883 –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medien,
Digitale Infrastruktur und Netzpolitik
– Drucksache 17/3277 –

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache behandelt wird.

Ich informiere Sie über das Ausschussverfahren. Die erste Plenarberatung fand in der 31. Plenarsitzung am 4. Mai 2017 statt. Der Gesetzentwurf wurde an den Medienausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss – mitberatend – überwiesen. Die Ausschussempfehlung lautet: Annahme.

Wir kommen somit zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 17/2883 –. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ich habe den Eindruck, dass einige Mitglieder der Fraktion der CDU gar nicht die Hand gehoben haben.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Sie haben zugestimmt!)

– Sie haben zugestimmt. Es gibt also eine geschlossene Zustimmung der Fraktion der CDU, auch wenn es für jedermann nicht so erkennbar war.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Sie haben zum falschen Augenblick geschaut!)

– Ich kann hinter Sie schauen, Frau Schneider. Ich stelle fest, damit ist der Gesetzentwurf in der zweiten Beratung mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Danke sehr. Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD angenommen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2017/2018 (LBVAnpG 2017/2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache [17/3100](#) –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache [17/3278](#) –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache [17/3282](#) –

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Zunächst informiere ich über das Ausschussverfahren: Die erste Plenarberatung war in der 33. Sitzung am 30. Mai 2017. Der Gesetzentwurf wurde an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss – mitberatend – überwiesen. Die Ausschussempfehlung lautet: Annahme.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Dr. Köbberling das Wort.

Abg. Dr. Anna Köbberling, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Landesgesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung haben wir in erster Lesung am 30. Mai 2017 beraten und inhaltlich ausführlich debattiert. Zur Erinnerung: Es geht in diesem Gesetz um die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beschäftigten auch für die Beamtinnen und Beamten.

Rückwirkend zum 1. Januar 2017 sollen die Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter um 2 % erhöht werden – mindestens aber um 75 Euro – und zum 1. Januar 2018 um weitere 2,3 %. Anwärterinnen und Anwärter erhalten jeweils zum 1. Januar 2017 und 1. Januar 2018 eine pauschale Gehaltssteigerung von 35 Euro.

Weiterhin zur Erinnerung: Finanziell hat das Gesetz ein gewaltiges Volumen von 99,5 Millionen Euro im Jahr 2017 und weiteren 211,8 Millionen Euro im Jahr 2018, also insgesamt über 310 Millionen Euro.

Die regierungstragenden Fraktionen möchten gern zu diesem Gesetz einen Änderungsantrag einbringen, mit dem die Altersteilzeitregelung der Lehrerinnen und Lehrer fortgesetzt werden soll. Lehrerinnen und Lehrer unterliegen in ihrem Beruf einer besonderen Belastungssituation. Anders als andere Berufsgruppen, wie zum Beispiel Polizistinnen und Polizisten, treten sie nicht vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Pension.

Diese besondere Situation wird anerkannt, indem die Regierungskoalition übereingekommen ist, die Altersteilzeitregelung für Lehrerinnen und Lehrer zu verlängern. Sie war am 31. Dezember 2016 ausgelaufen. Bis zum 31. Mai 2016 war die Regelung zu evaluieren. Das ist auch geschehen. Der vorgestellte Evaluationsbericht – Landtagsdrucksache 17/57 – kam zu dem Ergebnis, dass die Regelung die mit ihr verbundenen Ziele erfüllt.

Trotz des Auslaufens zum 31. Dezember 2016 ist keine Lücke entstanden, weil im Vorgriff auf eine neue Regelung weiterhin Anträge auf Altersteilzeit gestellt werden konnten.

Altersteilzeit soll unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher gestellt werden können, das heißt, entweder im Teilzeitmodell oder im Blockmodell mit dem gleichgebliebenen Altersteilzeitzuschlag zur Besoldung entsprechend dem Umfang der Beschäftigung. Es soll möglich sein, neun Jahre vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in Altersteilzeit zu gehen, und drei Jahre darüber hinaus.

Auch die einzige Änderung zum bisherigen Verfahren möchte ich nennen. Es soll in Zukunft erst ein Jahr später möglich sein, Altersteilzeit zu beantragen, nämlich erst ab dem 56. Lebensjahr statt wie bisher ab dem 55. Lebensjahr. Das hängt mit der gestiegenen Lebensarbeitszeit zusammen.

Die Ampelfraktion ist der Meinung, dass man jetzt die Chance nutzen sollte, die bewährte Bestimmung weiter gelten zu lassen und mit dem vorliegenden Gesetz zu regeln. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Henter.

Abg. Bernhard Henter, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion wird dem Gesetz zustimmen; denn es enthält eine Forderung – die Übernahme des Tarifergebnisses –, die die CDU-Landtagsfraktion in diesem Hause mehrere Jahre lang immer wieder gestellt hat. Da die Forderung von uns auch in diesem Jahr wieder gestellt worden wäre und sie nun erfüllt wird, werden wir dem Gesetz zustimmen.

(Beifall der CDU)

Die Übernahme des Tarifergebnisses entspricht dem Alimentationsprinzip. Danach haben die Beamtinnen und Beamten einen Anspruch auf eine amtsangemessene Besoldung.

Wir werden auch dem Änderungsgesetz zur Altersteilzeit für Lehrerinnen und Lehrer in der vorgelegten Form zustimmen.

Bevor ich meine Rede beende, möchte ich einen Appell an uns alle richten und fordere uns auf, gemeinsam in diesem Jahr tätig zu werden. Das Jahr 2006, als die Föderalismusreform eingeführt worden ist, war für die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten kein gutes Jahr; denn die Beamtenbesoldung ist auf die Länder übergegangen, und der Bund ist seitdem nur noch für die Bundesbeamten zuständig. Das hat dazu geführt, dass der Bund und insbesondere das Land Bayern regelmäßig die Tarifergebnisse übernommen haben und die Einkommen der Beamtinnen und Beamten im Bund und in Bayern weit über denjenigen in Rheinland-Pfalz liegen.

Je nach Besoldungsgruppe ist Rheinland-Pfalz Vorletzter im negativen Sinne – nur noch in Berlin sind die Beamtinnen und Beamten schlechter besoldet – oder im unteren Mittelfeld beheimatet. Je nach Besoldungsstufe gibt es einen Unterschied zwischen den Bundesbeamten und den Beamten in Rheinland-Pfalz von 200 Euro bis 400 Euro im Monat. Ich denke, das darf nicht sein.

(Beifall der CDU)

Wir sollten es uns daher zur gemeinsamen Aufgabe machen, diese große Differenz zu verringern. Beamtinnen und Beamte sind im Rahmen der Eingriffsverwaltung tätig, aber auch im Rahmen der Leistungsverwaltung. Man stelle sich einmal vor, man hätte bei denen, die Leistungen empfangen, im Sinne einer Föderalismusreform unterschieden. Der Aufschrei in ganz Deutschland wäre zu Recht groß gewesen. Bei denen aber, die die Arbeit machen und die Leistung gewähren, nimmt man das vor, indem man sie in Deutschland unterschiedlich bezahlt. Das kann auf die Dauer nicht sein. Ich appelliere an dieses Haus, dass wir das Problem angehen.

Soviel ich weiß, haben Brandenburg in diesem Jahr 0,5 % und Berlin zwischen 0,7 % und 0,8 % mehr gegeben. Auch wir sollten den Weg gehen und versuchen, die große Differenz, die zwischen dem Bund mit seinen Beamtinnen und Beamten sowie den bayerischen Landesbeamtinnen und -beamten und denen in Rheinland-Pfalz herrscht, in Zukunft zu verringern.

Dem Gesetz werden wir aber zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Nieland.

Abg. Iris Nieland, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch die AfD-Fraktion wird heute dem Landesgesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2017/2018 zustimmen. Jedoch: Die Erhöhungen um 2 % im Jahr 2017 und um 2,35 % im Jahr 2018 sehen wir dabei nur als eine Art Mindeststeigerung, die den Beamten zukommen muss.

Nach niedrigen vergangenen Erhöhungen von nur etwa 1 % ist ein erheblicher Gehaltsrückstand zu vielen Bundesländern und dem Bund entstanden. Es gilt, die Entwicklung sehr genau und kritisch zu verfolgen und weiterhin zu bewerten, um weitere Gehaltssteigerungen und die Konkurrenzfähigkeit zu ermöglichen und zu erhalten. Dies ist zum einen wichtig, um auch künftig qualifizierte Personen für unseren Beamtendienst zu gewinnen und unseren Beamten ein angemessenes Maß an Entgelt und nicht zuletzt auch an Dank auszudrücken.

Es stimmt, die Bezahlung zum Beispiel der Lehrer ist schwer zu vergleichen. Regeln zur Verbeamtung, zu Arbeitszeiten, Abgaben und Zuschlägen fallen immer wieder anders aus. Dennoch, wie man es auch dreht und wendet, lässt sich eines nicht leugnen: Hessen und Baden-Württemberg liegen – seltsamerweise, oder besser gesagt bezeichnenderweise – immer deutlich vor Rheinland-Pfalz. – Es verwundert deshalb wenig, dass die GEW Ende April 2017 mitteilte, viele Lehrer wanderten in andere Bundesländer ab. Begründung: Dort erhielten sie schneller eine Planstelle und mehr Geld. –

Bei den Professorengehältern gehört Rheinland-Pfalz in Deutschland zu den Schlusslichtern. In der Anhörung der Uni-Präsidenten im Januar 2017 wurde ganz deutlich angesprochen, dass man die besten Wissenschaftler nur dann gewinnen kann, wenn man sie auch ordentlich bezahlt. Uns ist klar, dass die Mehrkosten von knapp 100 Millionen Euro im Jahr 2017 und etwa 212 Millionen Euro im Jahr 2018 eine erhebliche Belastung sind und manchmal wenig Luft nach oben ist. Daher könnten stärkere Erhöhungen kaum möglich sein.

Wir als AfD-Fraktion hätten den Beamten aber gern mehr Geld gegeben. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Altparteien in diesem Hause üppige Erhöhungen geleistet haben, ist der Unmut, zu dem es in der Beamtenenschaft gekommen ist, nur allzu verständlich.

(Beifall der AfD –
Zuruf von der SPD)

– Auf den Einwurf, verehrte Kollegin, dass auch wir das bekommen, sage ich Ihnen, wir haben das alle gespendet.

(Beifall der AfD –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Wohin
denn? –
Abg. Thomas Roth, FDP: An AfD-TV!)

– Wir haben eine Liste, die wir Ihnen gern geben können.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Gern!)

So hatte die Deutsche Steuer-Gewerkschaft bereits in einer Pressemeldung vom 17. März 2017 geschrieben:

(Zurufe aus dem Hause: AfD-TV!)

„Großzügige Erhöhung der Diäten der Landtagsabgeordneten – Wo bleiben die Beamten?“ Weiter: „Bei einer momentanen Entschädigung der Abgeordneten von 5.812 Euro sprechen wir von einer Anpassung bis 2020 über 17 %!“ Und: „Wertschätzung muss nun erst mal mit mehr Geld erfolgen. Die Politiker machen es ja vor!“ Ich zitiere die Steuer-Gewerkschaft. „Sie schätzen sich selbst richtig wert, genau genommen 17 % mehr!“

(Abg. Thomas Roth, FDP: Reden wir jetzt
über die Beamten oder die Politiker?)

Schätzen sich die Altparteien selbst mehr wert als die Beamten, dann dürfen sie sich über den Unmut, der uns weiter begleiten wird, nicht wundern.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Roth.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im letzten Plenum haben wir bereits über das Landesgesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung beraten. Vom Grundsatz her hat sich nichts verändert. Wir haben lediglich Ergänzungen eingefügt.

Es gilt immer noch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung und Kommunen sind das Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft. Mit ihrer Arbeit sorgen die Beamtinnen und Beamten tagtäglich dafür, dass unsere Kommunen und unser Land bürgernah und effizient verwaltet werden. Die vielen Tausend Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz werden täglich ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in vorbildlichem Maße gerecht.

Für die Koalitionsfraktionen SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte ich deutlich machen, dass wir die geleistete Arbeit anerkennen und hoch schätzen. Deshalb haben wir im Mai letzten Jahres im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass, sofern es die finanziellen Rahmenbedingungen erlauben, neben Inflation und Löhnen die Tarifabschlüsse der Gemeinschaft der Länder Maßstab für die Besoldung und Versorgung unserer Beamtinnen und Beamten sein sollen. Das Land Rheinland-Pfalz überträgt zeit- und wirkungsgleich die Ergebnisse der Tarifverhand-

lungen auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Das ist in Zeiten von Konsolidierungsdruck und Schuldenbremse übrigens keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Ausdruck der Wertschätzung, die wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung entgegenbringen.

Im bundesweiten Vergleich sind wir im Übrigen neben Bayern – da gebe ich Ihnen recht –, Brandenburg und Sachsen-Anhalt eines der wenigen Länder, die die 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses vornehmen. In den zwölf weiteren Bundesländern werden Bezüge nicht vollständig oder lediglich zeitversetzt angepasst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Ziel ist es, dass die Verwaltung auch in Zukunft leistungsfähig bleibt. Dafür trägt die Regierungskoalition Sorge. Die Menschen in Rheinland-Pfalz können sich darauf verlassen, dass die Verwaltung auch in Zukunft serviceorientiert und leistungsfähig bleibt. Ein Baustein dafür ist, dass unsere Beamtinnen und Beamten weiterhin hoch motiviert und mit sehr viel Engagement ihrer wichtigen Arbeit nachgehen. Daher wollen wir ein klares Signal für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes setzen.

Deshalb werden wir dem vorliegenden Gesetzentwurf uneingeschränkt zustimmen.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Werte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir schlagen mit diesem Gesetzentwurf vor, dass wir rückwirkend zum 1. Januar 2017 die Besoldung in Höhe von 2,0 % steigern und vor allem für jeden – ich denke, das ist wichtig – mindestens 75 Euro an Erhöhung gewährleisten. Zum 1. Januar 2018 steigen die Bezüge um weitere 2,35 %.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht
übernimmt den Vorsitz)

Anders als bei den Tarifabschlüssen werden wir die 75 Euro über die Kappungsgrenze von 3.200 Euro hinaus bis 3.750 Euro zahlen. Das ist eine Verbesserung im Vergleich zu dem, was die Tarifparteien ausgehandelt haben.

Insofern glaube ich, ist es richtig, dass wir das heute so beschließen. Ich danke der CDU, dass auch sie trotz aller Kritik zustimmt, weil wir damit handlungsfähig sind und zeigen, dass unsere Beamtinnen und Beamten eine gute Arbeit leisten und wir sie weiterhin motivieren wollen. Das ist eine wichtige Grundlage für die Zukunft dieses Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir können nicht mehr zahlen, auch wenn wir das gern würden. Das ist hier kein Wunschkonzert. Deshalb ist das, was die AfD vorgetragen hat, natürlich ein frommer Wunsch, dem wir uns aber nicht anschließen können, weil wir Verantwortung für dieses Land haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Diese Verantwortung umfasst auch die Finanzverantwortung. Deswegen kann man nicht einfach das tun, was man gern tun würde, sondern man muss auf beiden Seiten schauen, wie man verantwortlich handelt. Ich glaube, das, was wir jetzt übertragen, ist mehr als das, was viele andere Länder – das ist schon gesagt worden – tun. Ich glaube, deshalb ist Kritik daran fehl am Platz.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen diesen Vorschlag. Wir werden dem zustimmen. Wir werden das schnell umsetzen.

Wir freuen uns auch, dass die Lehrerinnen und Lehrer – das war eine Diskussion, die wir schon Ende vergangenen Jahres geführt haben – weiterhin in den Vorruhestand gehen können, sie in Altersteilzeit gehen können. Es ist eine wichtige Botschaft, dass diejenigen, die nicht mehr im Betrieb sein wollen, die früher gehen wollen, das auch können, und sie das wissen, damit sie frühzeitig damit umgehen können. Deshalb glaube ich, wir sind auf dem richtigen Weg.

Wir stimmen diesem Gesetz zu.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Als Nächster erteile ich Frau Staatsministerin Ahnen für die Landesregierung das Wort. Bitte schön, Frau Ahnen.

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Es geht um das Landesgesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2017/2018. Ich denke, meine Vorrednerinnen und Vorredner haben die Inhalte ausreichend dargestellt. Im Kern geht es darum, das Tarifergebnis auch für die Beamtinnen und Beamten zu übernehmen.

Das tun wir mit diesem Gesetzentwurf dann zum vierten Mal in Folge. Daran mögen Sie auch sehen, wie wichtig es für uns ist, dieses Tarifergebnis übertragen zu können.

Gestatten Sie mir eine kleine Anknüpfung an die erste Lesung, die ich mit einem Dank an die Fraktionen dergestalt verbinden will, dass ich damals gehofft hatte, dass wir zu einer zügigen Beratung kommen können, damit die entsprechenden Regelungen für die Beamtinnen und Beamten tatsächlich Gesetzeskraft erlangen. Ich will mich bei

allen Fraktionen bedanken, dass dieser Gesetzentwurf so zügig beraten worden ist.

Ich will zwei Anmerkungen zu dem machen, was eben im Hinblick auf den Ländervergleich gesagt worden ist.

Lassen Sie mich erstens darauf hinweisen, dass man dann, wenn man zum Beispiel Professorinnen- und Professorengehälter vergleicht, eben nicht nur die Grundgehälter vergleichen darf, sondern dass es gerade im Wissenschaftsbereich ein eigenes System gibt, in dem in einem hohem Maße mit Leistungszulagen gearbeitet wird. Ein Blick in die letzte oder vorletzte statistische Veröffentlichung des Statistischen Landesamts zeigt, dass sich dann, wenn man alle Besoldungsbestandteile in die Betrachtung einbezieht, Rheinland-Pfalz im Mittelfeld, in manchen Bereichen sogar im oberen Mittelfeld bewegt. Die Situation ist also schon ein bisschen komplexer.

Wenn man über die Besoldungssituation redet, dann sollte man zweitens vielleicht auch mit in den Blick nehmen, wie die Beförderungssituation in manchen Bereichen ist. Auch da wird man im Ländervergleich den einen oder anderen Bereich finden, der uns besonders wichtig ist, in dem die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten relativ gut dastehen.

Ich sage, es ist uns wichtig, das Tarifergebnis zu übertragen. Ich sage aber auch, wenn man einen Ländervergleich anstellt, muss man alle Komponenten in den Blick nehmen.

Zu den Komponenten, die man in den Blick nehmen muss, gehört aus meiner Sicht auch, dass natürlich die Besoldung ein ganz, ganz wichtiger Punkt ist, was die Attraktivität des öffentlichen Dienstes angeht, aber auch die Arbeitsbedingungen dazugehören.

Zu den Arbeitsbedingungen gehört zum Beispiel auch, dass wir in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren die Altersteilzeit insbesondere für die Lehrkräfte haben. Wir haben uns sehr bewusst entschieden, die Altersteilzeitmöglichkeiten für die Lehrkräfte fortzusetzen, weil wir glauben, dass das ein Modell ist, das in besonderer Art und Weise geeignet ist, auf die Belastungen des Lehrerinnen- und Lehrerberufs zu reagieren. Deswegen bin ich froh, dass auch dieses flexible Instrument mit diesem Gesetzentwurf verlängert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass der Gesetzentwurf so breite Zustimmung findet. Ich bedanke mich noch einmal für die zügige Beratung.

(Beifall der SPD, der FDP und der FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium zu diesem Gesetzentwurf nicht vor. Damit können wir zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/3282 – ab.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bit-

te ich um das Handzeichen! – Damit ist für Enthaltungen oder Nein-Stimmen kein Raum. Der Änderungsantrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 17/3100 – in zweiter Beratung, und zwar unter Berücksichtigung der eben beschlossenen Änderungen.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch hier stelle ich fest, dass für Enthaltungen und Nein-Stimmen kein Raum ist. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung einstimmig angenommen.

Nun darf ich Sie zur Schlussabstimmung aufrufen.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Auch hier ist kein Raum für Nein-Stimmen oder Enthaltungen. Damit ist das Landesgesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2017/2018 in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Landesrichtergesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/3279 –
Erste Beratung

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben mich davon unterrichtet, dass der Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Rechtsausschuss überwiesen werden soll. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisung dieses Gesetzentwurfs an den Rechtsausschuss vollzogen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich bedanke mich bei Ihnen und lade Sie für morgen, Donnerstag, den 22. Juni, um 09:30 Uhr an diesem Ort ein. Ich wünsche Ihnen einen kühlen, erholsamen Abend.

Ende der Sitzung: 17:53 Uhr